

Zeitung der Studierendenschaft

Ausgabe II/2010



ASfA
der
JLU Gießen

In dieser Ausgabe:

- ★ **Studierendenparlament**
- ★ **Neue Satzung**
- ★ **QSL**
- ★ **Neue Serviceangebote**
- ★ **Zivilklausel**
- ★ **Selbstbestimmung**
- ★ **Projekte/Initiativen an der JLU**
- ★ **u.v.m.**

Liebe Leserin,
lieber Leser,

jetzt geht das neue Semester wieder los und pünktlich erscheint auch die nächste Ausgabe der Zeitung.

Die Inhalte sind ganz verschieden und bieten so hoffentlich auch viele Informationen und eine kurzweilige Unterhaltung.

Übrigens können auch grundsätzlich alle Studierenden Artikel zu dieser Zeitung beisteuern. Das geht ganz einfach. Einfach eine Email an:

oeffentlichkeit@asta-giessen.de schreiben und dann können wir die Details absprechen. Das bringt für alle Vorteile. Im übrigen wird diese Zeitung in der Universitätsbibliothek archiviert und so sind einmal geschriebene Artikel Jahrzehnte abrufbar. Im übrigen kann ein Beitrag hier schon ein Eintrag in der Publikationsliste der eigenen Laufbahn als WissenschaftlerIn sein. Besonders Studierende der Geisteswissenschaften sollten sich dieser Möglichkeit bewußt sein. Diese Ausgabe ist wieder eine bunte Mischung aus Hochschulpolitik, Kultur und Vorstellung vieler verschiedener Initiativen, die hier an der JLU aktiv sind und die sich immer über neue interessierte Studierende freuen.

Aber nun genug mit der Theorie. Ich wünsche euch viel Spaß bei der Lektüre.

Euer Referent für Öffentlichkeit & Koordination
Markus Gretschel

**Der AStA hat seit dem 01.09.2010
neue Bürozeiten!**

Wir sind jetzt länger für Euch da, und zwar
Montags bis Freitags von

10:00 bis 14:00 Uhr und 14:30 bis 16:00 Uhr.

Miriam Osiander und Ulli Quaiser vom Büro-Team
freuen sich auf Euren Besuch.

Inhalt

Studierendenparlament - Seite 3

Neue Satzung - Seite 4

QSL - Seite 6

Neue Serviceangebote - Seite 7

Zivilklausel - Seite 8

Studium&Lehre - Seite 10

ABS-Vollversammlung - Seite 12

Bildungsprotest Frühjahr 2010 - Seite 13

Rückblick Sturm&Klang - Seite 14

Selbstbestimmung - Seite 16

Veranstaltungen - Seite 18

Studie „Wo wird behindert?“ - Seite 19

Blick über den Tellerrand - Seite 20

Studentische Initiativen - Seite 22

uvm.



Impressum

Herausgeber:

Allgemeiner Studierenden Ausschuss (AStA)
der JLU Gießen

Otto- Behaghel- Str. 25d

35394 Gießen

www.asta-giessen.de

Druck und Verlag:

Verlag + Druck Linus Wittich KG

Industriestraße 9-11, 36358 Herbstein

Telefon: 0 66 43 / 96 27-0

Verlagsleiter: Hans-Peter Steil

Redaktion und Layout: Markus Gretschel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber
und Redaktion wieder.

Redaktionsschluss: 31.08.2010

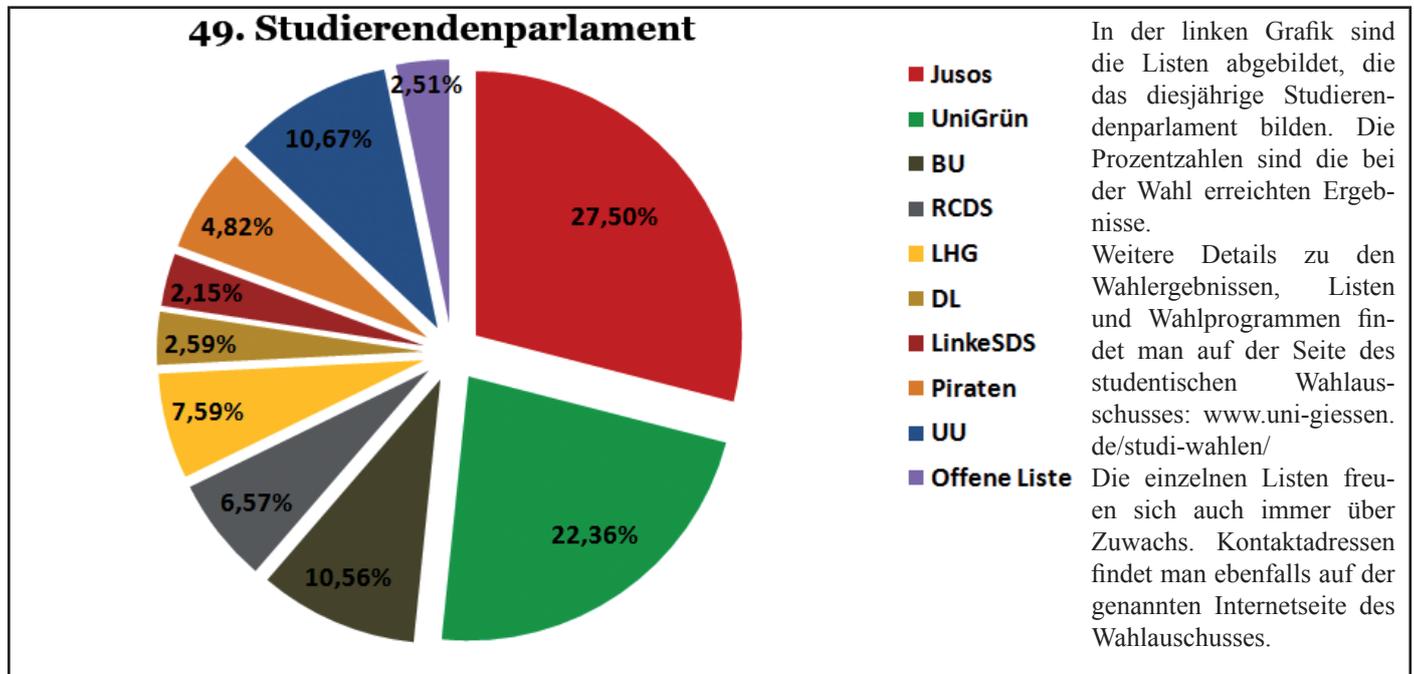
Auflage: 10.000 Stück

Studierendenparlament

Was ist das Studierendenparlament und was macht es?

Ein Beitrag von Markus Gretschel

Das Studierendenparlament wird jedes Jahr im Januar gewählt und ist somit die gewählte Vertretung aller Studierenden unserer Universität. Es ist das höchste beschlussfassende Organ der Verfassten Studierendenschaft. Die 31 Parlamentarierinnen und Parlamentarier wählen und kontrollieren den Allgemeinen Studierendenausschuss. Sie beschließen die Satzung der Studierendenschaft und weitere Ordnungen, sowie den Haushalt. Darüber hinaus ist das Studierendenparlament auch Ort politischer Debatten über hochschulpolitische Themen und Belange der Studierendenschaft.



Aus dem Wahlergebnis hat sich eine Koalition aus den Hochschullisten UniGrün, Unsere Uni., Brennpunkt Uni, Piraten, Offene Liste und LinkeSDS gebildet. Die Koalition hält zusammen 17 der 31 Sitze im Studierendenparlament. Demnach hat die Opposition aus Jusos, LHG, RCDS und Demokratische Linke zusammen 14 Sitze im Parlament.

Deine 31 ParlamentarierInnen:

Ekatharina Kel	BU (Vizepräsidentin)
Fadl Al Farawan	BU
Robert Socha	BU
Elena Müller	DL
Anna Lemmer	Jusos
Ewgenia Katnelson	Jusos
Frederic Schneider	Jusos
Jacob Donath	Jusos
Jana Heidt	Jusos
Janina Wissner	Jusos
Kaweh Mansoori	Jusos
Patrick Krug	Jusos
Sina Diehl	Jusos
Stephan Dehler	LHG
Veit Hölzel	LHG
Christian Begass	Linke.SDS
Daniel Holzacker	Offene Liste
Stefan Flöper	Piraten
Christian Klein	Piraten

Marvin Gusen	RCDS
Randy Uelmann	RCDS
Adam Czapelka	UniGrün
Anna Ludewig	UniGrün
Jan Janiczek	UniGrün
Markus Gretschel	UniGrün
Sarah Sanchez Miguel	UniGrün (Präsidentin)
Sebastian Weidner	UniGrün
Steffen Theiß	UniGrün
Anna Mense	UnsereUni.
Jens Lützenkirchen	UnsereUni.
Martina Hartwig	UnsereUni.

Weitere Infos

Die nächsten Sitzungstermine sind für den **03.11.; 08.12 und 12.01.** angesetzt. Diese Termine können sich aber noch ändern. Aktuelle Einladungen werden aber auch immer an die Uni-Email-Adressen verschickt.

Sitzungen sind grundsätzlich immer öffentlich. Das bedeutet alle Studierenden können jederzeit die Sitzungen besuchen oder als Livestream im Internet unter

www.ustream.tv/channel/stupa-sitzung verfolgen.

Das Präsidium des Studierendenparlamentes steht immer für Fragen unter stupa@uni-giessen.de zur Verfügung.

Satzung

Wir haben eine neue Satzung: Über demokratische Kultur und die Zukunft der Verfassten Stu- dierendenschaft

Ein Beitrag von Lucas Proehl

Es war schon ein kleiner Schock, als der AStA und die ParlamentarierInnen aller Fraktionen im Frühjahr erfuhren, dass die erst kürzlich beschlossene Satzung, welcher ein langatmiger Prozess vorausgegangen war, nicht durch das Präsidium der Universität genehmigt wurde. Umso größer war die Erleichterung, als Ende August die Nachricht einflatterte, dass die überarbeitete neue Satzung vom 12.07. nun die Genehmigung des Präsidiums gefunden hatte und somit nun für alle Studierenden unserer Universität gültig ist. Doch fangen wir mal von vorne an: Schon von mehr als zwei Jahren verfolgte das damalige Präsidium des Studierendenparlaments das Ziel, die veraltete Satzung, also das wichtigste „Regelwerk“ aller Studierenden in Bezug auf Hochschulpolitik und demokratischer Mitbestimmung, zu überarbeiten. An vielen Stellen galt die Satzung als zu kompliziert oder als mehrdeutig interpretierbar, oftmals widersprachen sich einige Passagen und es störte viele ParlamentarierInnen, dass nicht gegendert wurde (so war beispielsweise vom „Studentenparlament“ die Rede). Hinzu kam eine Vielzahl von Rechtschreibfehlern. Doch aus der neuen Satzung wurde schließlich nichts. Im letzten Jahr entschlossen sich die Hochschulgruppen jedoch, endlich zu handeln und so trafen sie sich mehrmals in einem Ausschuss, der die neue Satzung ausformulierte. Hinzu kam die Tatsache, dass das neue Hessische Hochschulgesetz nun eine Abschaffung der 25%-Hürde ermöglichte (dazu später mehr), was zu einem zügigen Handeln zwang. Im Großen und Ganzen verlief der Prozess der Satzungsfindung weitestgehend konfliktfrei, doch der Hauptstreitpunkt bahnte sich kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Februar 2010 an: Die Juso-Hochschulgruppe, welche die Wahlen im Januar 2010 verloren hatten, jedoch im damaligen StuPa noch über 13 Sitze verfügten und im AStA vertreten waren, wollten den autonomen Referaten in der neuen Satzung nur noch ein faktisch beschränktes Stimmrecht im AStA gewähren, was zur Folge gehabt hätte, dass die VertreterInnen marginalisierter Gruppen bei der Vertretung ihrer Anliegen und Rechte benachteiligt worden wären. Sowohl sämtliche autonomen Referate, als auch UniGrün und Brennpunkt Uni sowie die neu ins StuPa gewählten Hochschulgruppen sprachen sich vehement gegen diese Einschränkung der Mitbestimmung aus und so drohte die gesamte Satzung daran zu scheitern. Mit einem schwachen Kompromiss nach dramatischen Szenen im Studierendenparlament einigten sich die Hochschulgruppen jedoch und somit kam die benötigte Zweidrittelmehrheit für die erste neue Satzung im Februar 2010 zustande.

Nachdem diese durch das Präsidium scheiterte – so standen nach Auffassung der Rechtsaufsicht der Universität Passagen in der Satzung, welche dort nichts verloren hätten wie z.B. das Grundgesetz-Zitat „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ – musste in Kürze eine überarbeitete Fassung der Satzung durch das neue Studierendenparlament beschlossen werden. Inzwischen hatte sich die politische Lage im StuPa und im AStA jedoch geändert: Die Jusos sind aktuell mit neun Sitzen in der Opposition, die Koalition aus den Hochschulgruppen UniGrün,

Unsere Uni., Brennpunkt Uni, Piraten, Offene Liste Phil I und Die Linke.SDS über eine Mehrheit von 17 der 31 Sitze, jedoch nicht über eine Zweidrittelmehrheit. Es entstand die Idee eines „Runden Tisches“ aller Hochschulgruppen zur zügigen Überarbeitung der gescheiterten Satzung. Der „Runde Tisch“ besuchten Listen der AStA-Koalition sowie die oppositionellen LHG und der RCDS. Auch die Fachschaftsinitiative Lehramt und die Fachschaftenkonferenz (FSK) waren anwesend. Einig waren sich die Hochschulgruppen in den meisten Änderungsvorschlägen, so auch zur „Wiedereinführung“ des vollen Stimmrechts der autonomen Referate. Einzig die Stellung der FSK war ein Streitpunkt, da LHG und RCDS die Meinung vertraten, dass diese nicht vollwertig dem AStA zugehörig sein sollte. In diesem Punkt einigten sich die Hochschulgruppen schließlich auch (dazu später mehr). Kurz nach den Treffen des „Runden Tisches“ wurde die Satzung durch die Stimmen aller Hochschulgruppen außer den Jusos, die sich enthielten, am 12.07.2010 beschlossen. Die neue Satzung ist keineswegs ein Erfolg des AStA, sondern viel mehr der Erfolg von allen Hochschulgruppen im StuPa, die sie getragen haben: „Nach anfänglichen Schwierigkeiten war die Arbeit an der Satzung sehr produktiv. Ich war selber überrascht, wie gut die Arbeit über Listengrenzen hinaus funktioniert hat.“ so David Ketterle von Unsere Uni., der aktiv am Runden Tisch beteiligt war. Mit der Satzung sei ein gutes Werk geschaffen, welches allen Studierenden zu Gute komme, so Ketterle weiter. Dieser Ansicht können sich die meisten Beteiligten anschließen.

Welche wichtigen Veränderungen bringt die aktuelle Satzung mit sich?

1. Fachschaft Lehramt: Erstmals bilden die Studierenden der Lehramtsstudiengänge L1, L2, L3, L5 und des BA/MA-Studienganges „Berufliche und betriebliche Bildung“ die Fachschaft Lehramt. Dies ist in Paragraph 28 festgehalten und hat zur Folge, dass bei den kommenden Hochschulwahlen erstmals Lehramts-Fachschaftsräte gewählt werden können. Außerdem hat die Fachschaft Lehramt nun einfacher Anspruch auf einen Raum und kann nun einen eigenen Haushalt erhalten. Die Satzung von Februar 2010 hätte eine Lehramts-Fachschaft aufgrund der übergreifenden Fachbereiche nicht ermöglichen können. Die Fachschaftsinitiative war in Bezug auf die Veränderung von Paragraph 28 aktiv am Runden Tisch beteiligt.

2. Autonome Referate: Die sogenannten „autonomen“ Referate vertreten eine bestimmte Gruppe der Studierendenschaft, die autonom, also unabhängig von aktuellen Wahlergebnissen in einer Vollversammlung ihre VertreterInnen wählen, welche vom Studierendenparlament anschließend ebenfalls gewählt werden müssen. Die autonomen Referate existierten jedoch bislang nicht in der Satzung, in der Fassung vom Februar 2010 waren sie schon aufgeführt. Neu dabei ist das Referat „Studieren mit Kind“. Anders als in der Satzungsfassung vom Februar haben die autonomen ReferentInnen nun auch wieder das „normale“ Stimmrecht wie ReferentInnen des „Kern“-AStA. Diese Veränderung der Satzung dank der neuen Mehrheitsverhältnisse im StuPa ist auch der Grund für die Enthaltung der Jusos bei der finalen Abstimmung über die neue Satzung.

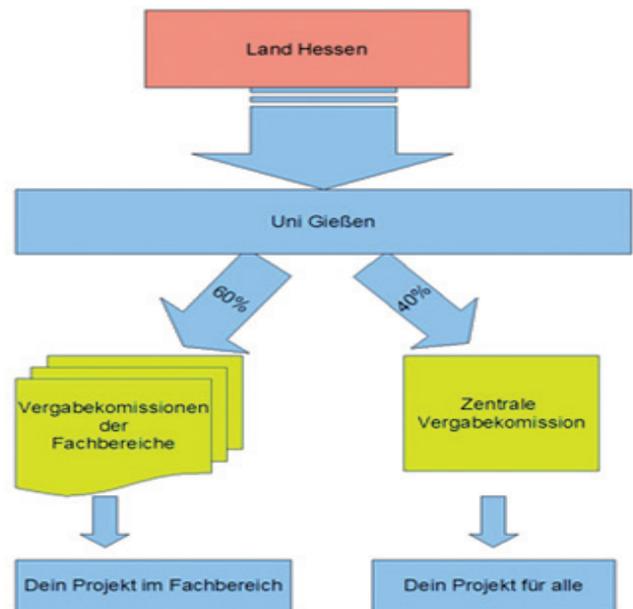
Die rätselhaften „QSL-Mittel“ und was dahinter steckt

Ein Beitrag von Lea Gleixner

So manch eine/r hat vielleicht schon von den sog. QSL-Mitteln gehört, ohne aber sicher erklären zu können, was sich hinter dieser Abkürzung verbirgt; nämlich eine deutschlandweit einzigartige Einrichtung. Diese verschafft den Studierenden der JLU nicht bloß Mitspracherecht, sondern auch die Möglichkeit, selbst für bessere Studien- und Lehrbedingungen an der eigenen Uni zu sorgen —und zwar mithilfe des Gesetzes zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen. Nun aber von vorne.

Mitbestimmung für alle Studierenden

2007 wurden an allen hessischen Universitäten Studiengebühren eingeführt. Diese wurden nach wirkungsvollen Studierendenprotesten nach zwei Semestern zum Wintersemester 2008 wieder abgeschafft. Als Ausgleich für die nun wegfallenden Einnahmen aus Studiengebühren beschloss der Hessische Landtag im Juni 2008 das besagte Gesetz zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen. Mit diesem Gesetz stellt das Land Hessen seinen Hochschulen jedes Jahr 46 Millionen Euro zur Verfügung, welche je nach Studierendenzahl auf die Hochschulen aufgeteilt werden. Der Justus-Liebig-Universität stehen demnach über 14 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung, die nur zweckgebunden vergeben werden können. 60 % dieses Betrags werden dezentral über die einzelnen Fachbereiche vergeben, die restlichen 40% werden über die zentrale Vergabekommission an Projekte vergeben, welche die gesamte Universität fachübergreifend betreffen. Eine zentrale und mehrere dezentrale QSL-Kommissionen treffen sich mehrmals pro Semester, um über die Vergabe der Finanzmittel zu entscheiden. Die Vergabekommissionen bestehen jeweils zur Hälfte aus Studierenden und zur anderen Hälfte aus ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und technisch administrativen MitarbeiterInnen. Somit stehen den Studierenden 50% der Stimmen zu, welche darüber entscheiden, was mit jährlich fast 15 Mio. Euro geschieht! Und es geht noch besser: An der Justus Liebig Universität können Studierende selbst Anträge für die Verwendung der QSL-Mittel einreichen.

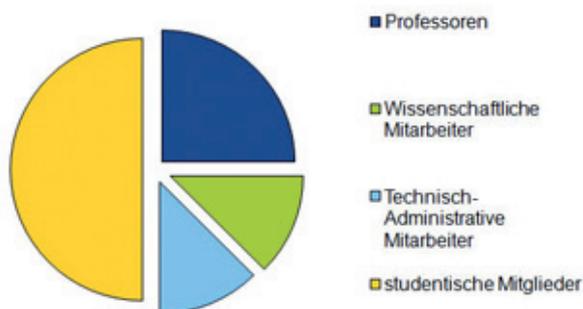


Kita, Bibliotheksreform und medizinisches Trainingszentrum

Mit studentischen Anträgen wurden beispielsweise der Bau einer Fahrradabstellanlage beantragt und die Situation der Studierenden mit Kind erheblich verbessert. Mit €180.000 wurde der Bau der Kita „Die Kobolde“ für Kinder von Studierenden mitfinanziert. Des Weiteren werden mit QSL-Mitteln ein Spielplatz-Konzept, Eltern-Kind-Räume in der Universität sowie eine Kinderbetreuung finanziert. Über die zentrale QSL-Vergabe wurden neben einer Reihe weiterer Entscheidungen seit 2008 €50.000 für die Erhöhung der Anzahl an Seminaren mit genderspezifischen Inhalten vergeben und im Zuge der Bibliotheksreform über €800.000 u.a. für Studienliteratur, längere Öffnungszeiten und Buchscanner. Für die dezentralen QSL-Maßnahmen liefert der Fachbereich Medizin ein schönes Beispiel. Mithilfe der Mittel wird das GRIPS finanziert, das Gießener Interdisziplinäre Trainingszentrum für praktische Ausbildung und Simulation. Dort können sich Studierende in Themenräumen und Übungsstationen beispielsweise an Patienten-Simulationseinheiten probieren und an Simulationsarmen die Blutabnahme üben.

Kein Teil der Grundfinanzierung

Die QSL-Mittel müssen laut Gesetz zweckgebunden vergeben werden. Das heißt, dass sie nur für Projekte, Anschaffungen, Lehrleistungen, etc. verwendet werden dürfen, die zur Verbesserung der Studienbedingungen und Lehre beitragen und nicht Teil der Grundfinanzierung sind. Die Grundfinanzierung umfasst die Mittel, welche den Studienbetrieb einer Universität mit der bestehenden Anzahl der Studierenden aufrecht erhalten. Dazu gehört also alles von Strom- und Wasserbedarf bis hin zu Professuren und Instituten einer Universität, kurz, alles was die grundständige Struktur einer Hochschule ausmacht. Mit dem Hessischen Hochschulpakt 2010 wurde die Grundfinanzierung der hessischen Universitäten um 34 Millionen reduziert. Es liegt



nahe, Teile der Grundfinanzierung mit QSL-Mitteln zu decken, aber genau das darf nicht passieren. Die QSL-Mittel dienen dazu, die Lehre zu verbessern. Die Grundfinanzierung, die es den Universitäten ermöglichen muss, den bisherigen Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass auch in den doppelten Abiturjahrgängen und Jahren mit einer größeren Anzahl von Studienanfänger genügend Professuren und Lehrpersonal auf die Anzahl der Studierenden kommt, ist Staatsaufgabe. Bei der Verbesserung der Studienbedingungen kommt allerdings ihr, die Studierenden, ins Spiel: Studierende erleben den Universitätsalltag hautnah und können daher sehr gut beurteilen, wo Bedarf an was besteht. Benötigt ein Fachbereich etwas, oder haben Studierende sogar eine Idee, von der die ganze Universität profitieren kann? Es lohnt sich, die Umsetzung einer Idee selbst in die Hand zu nehmen, wie der Erfolg studentischer Anträge bisher beweist. Die Fachschaften sind Ansprechpartner bei

dezentralen Anträgen, die dem jeweiligen Fachbereich zu Gute kommen. Mehr Informationen zu zentralen Anträgen finden sich auf der Seite <http://www.uni-giessen.de/cms/org/admin/stab/a2/dl/foerder/mittel> oder auf <http://www.qsl-fuer-alle.de>.

Auf dieser Seite gibt es nicht nur Informationen, sondern auch die Möglichkeit, einen zentralen Antrag online auszufüllen, was so manche bürokratische Hürde wegfallen lässt. Und selbst wenn noch kein vollständiger Antrag, sondern nur eine Idee vorliegt, kann diese auf der Seite in die Datenbank eintragen werden, so dass die studentischen VertreterInnen im AStA sich um eine Weiterentwicklung zu einem Antrag kümmern können. Bei Fragen stehen Euch auch die ReferentInnen für Hochschulpolitik zur Verfügung.

Es ist Eure Uni und durch aktive Teilnahme könnt Ihr selbst etwas verändern!

Neue Angebote des AStA

Wohnungssuche

Das Finden einer geeigneten Unterkunft, insbesondere als StudienanfängerIn, ist auf dem Gießener Wohnungsmarkt oftmals nicht so einfach. Damit sich die Suche in Zukunft leichter gestaltet, bietet der AStA der JLU seit Neuestem eine neue Wohnbörse im Internet an. Diese bietet nicht nur die Gelegenheit nach neuen Unterkünften zu suchen, es ist zudem auch möglich ein kostenloses Inserat zu schalten um eine freie Wohnung anzubieten. Zu erreichen ist die Wohnbörse unter der folgenden Adresse: <http://wohnboerse.asta-giessen.de>

Jobsuche

Ab dem 1. Oktober 2010 wird ein weiteres Service-Angebot des AStA im Internet zu erreichen sein, hierbei handelt es sich um die Jobbörse. Das Ziel ist es allen Studierenden die Suche nach einer geeigneten Arbeit zu erleichtern. Wie auch bei der Wohnbörse wird es jederzeit möglich sein, sich über Angebote informieren zu können ohne das AStA-Gebäude aufsuchen zu müssen.

Die Jobbörse wird unter folgender Adresse zu erreichen sein: <http://jobboerse.asta-giessen.de>

Infopoint

Seit Kurzem ist im AStA ein Inforechner zu finden, der allen Studierenden während den Öffnungszeiten zur freien Verfügung steht. Dies bringt unter anderem den Vorteil mit sich, dass Fragen zum richtigen Inserieren oder Suchen von Angeboten direkt am Infopoint beantwortet werden können.

Zudem wird es am Infopoint mit dem Beginn des Wintersemesters 2010/2011 mittels eines Kartenlesers möglich sein, sich für FlexNow-Veranstaltungen anzumelden.

Wer hilft mir?

Bei Problemen und Themen betreffend Wohnen und Job wendet euch an folgende E-mail-Adresse: wohnen-oekologie@asta-giessen.de

Der AStA hat eine neue Homepage!

Ende September war es soweit: Der AStA geht mit einer neuen Homepage online! Nachdem die Studierendenvertretung bereits einen Twitter-Account und eine StudiVZ-Profil besitzt, wurde es nun endlich Zeit, sich vom Uni-CMS zu lösen. Bereits bei den Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen im Januar hatte man sich darauf geeinigt, sich vom alten uns hässlichen Design der Uni-Seite zu lösen und mit einer unabhängigen Seite, die über eigene Strukturen aufrechtgehalten wird, zu präsentieren. Die größte Herausforderung war es, eine Seite hinzubekommen, welche die Bedingungen von Barrierefreiheit soweit wie möglich erfüllt und dennoch nicht durch ein unschönes Design abgewertet wird. Die neue Seite hat viele Funktionen, welche die alte Seite nicht erfüllen konnte: So werden die neue Wohnbörse sowie die HelferInnen-Datenbank integriert und Artikel können nun direkt als PDF oder als Druckdatei heruntergeladen werden. Zudem gewinnt die Seite durch einen moderneren Look und eine RSS-Feed-Option an Übersichtlichkeit hinzu. Auch die Suchfunktion der Homepage ist nun gegenüber der alten Homepage optimiert. Bis Ende September wird ebenfalls die brandneue Jobbörse fertig und in die Homepage integriert sein.

Die Seite des Studierendenparlaments wird weiterhin im Uni-CMS verbleiben. Es wird künftig zu überlegen sein, ob die Stupa-Seite ebenfalls dem neuen Look angepasst werden soll – Eine Entscheidung, die das Studierendenparlament zu treffen hat. Die Homepage des AStA erreicht Ihr wie zuvor unter www.asta-giessen.de!

Solltet Ihr Fragen oder Anregungen zur neuen Homepage haben, steht euch das AStA-Referat für Öffentlichkeit & Transparenz gerne zur Verfügung!



Friede den Hochschulen – Eine Zivilklausel für die JLU?

Ein Beitrag von Florian Hartmann

Startpunkt einer überfälligen Debatte

Die geplante Verschmelzung der Universität Karlsruhe (TH) mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum „Karlsruhe Institute of Technology“ (KIT), welches am 1. Oktober 2009 aus der Taufe gehoben wurde, war Ausgangspunkt einer heftigen Debatte, die sich an der Frage einer möglichen Zivilklausel für das zu gründende KIT entzündete (1). Unter Zivilklausel versteht man im Allgemeinen eine im Gesetz oder der Grundordnung einer Hochschule verankerte Bedingung, der zufolge die Forschung an den betreffenden Institutionen ausschließlich friedlichen (zivilen) Zwecken dient und demzufolge militärische Forschung oder zivilmilitärische Forschung (Stichwort „dual use“) ausgeschlossen ist (2). Während für das Forschungszentrum Karlsruhe Militärforschung von Beginn an durch eine Zivilklausel ausgeschlossen war, galt für die Universität Karlsruhe keine Zivilklausel. An der Frage, was für das KIT gelten sollte, entzündete sich ein Konflikt. Landesregierung und Hochschulleitung sprachen sich gegen eine Zivilklausel aus. Die Studierenden hingegen setzten sich für eine Zivilklausel ein. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen organisierten sie eine bundesweit einmalige Urabstimmung, auf der sich ein Großteil der Studierenden dafür aussprach, dass KIT mit einer Zivilklausel zu versehen. Auch im Bildungstreik thematisierten die Studierenden das Thema und nahmen die Forderung nach einer Zivilklausel in ihren Forderungskatalog auf. Unterstützung erhielten sie dabei von Gewerkschaften, Parlamentarierinnen und Parlamentariern, den Beschäftigten und der „Kooperation für den Frieden“ sowie der „Naturwissenschaftler-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit“. Auch wenn die Forderung letztlich nicht durchgesetzt werden konnte und am Ende im KIT-Gesetz der Landesregierung Baden-Württembergs lediglich stand, welche zwischen Universitätsaufgaben und Großforschungsaufgaben unterschied und nur für letztere eine Zivilklausel festschrieb, löste die Debatte um eine mögliche Zivilklausel ein bundesweites Interesse am Thema aus. Maßgeblich durch die mehrjährige Debatte um das KIT rückte das Thema Militärforschung an Hochschulen erneut bundesweit in den Fokus einer kritischen Öffentlichkeit.

Militärforschung an den deutschen Hochschulen

Das genaue Ausmaß von Militär-, Rüstungs- und Sicherheitsforschung an deutschen Hochschulen ist dabei nur schwer ermittelbar, da gerade private Unternehmen, aber auch das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg), über geförderte Forschungsprojekte nur zögerlich bzw. überhaupt keine Auskunft geben. Auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. informierte die Bundesregierung am 21.08.2008 darüber, dass das BMVg im Zeitraum von 2000 bis 2007 an über 40 deutschen Hochschulen wehrtechnische Forschungsprojekte finanzierte (3). Die Reihe von Beispielen solcher vom BMVg finanzierter Forschungsprojekte, aber auch privatwirtschaftlich finanzierter Projekte ist lang, daher werden an dieser Stelle nur einige Beispiele

aufgeführt: Das Institut für Nachrichtentechnik an der Universität Karlsruhe erforscht die Heereskommunikation für den Interventionskrieg von morgen. Die Universität Stuttgart bewirbt Diplomarbeiten zur Stabilisierung von Geschoss-Projektilen. An der TU München hat die Firma EADS, einer der weltweit größten Hersteller für Militärhelikopter, einen Stiftungslehrstuhl für Hubschraubertechnologie eingerichtet. Die Rüstungs- und Militärforschung beschäftigt dabei nicht nur die Naturwissenschaften. Auch die Gesellschaftswissenschaften spielen angesichts der „neuen Kriege“ und „failed states“ eine zunehmend bedeutendere Rolle. Diesbezügliche Stichworte sind unter anderem „zivilmilitärische Zusammenarbeit“, „Governance-Forschung“ und „Aufstandsbekämpfung“. An der Universität Oldenburg werden im Rahmen der „Arbeitsstelle Interventionskultur“ Untersuchungen über die sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen angestellt, die in Vorschlägen zur effizienteren Gestaltung von Kriegen und Besatzungen münden. Der Sonderforschungsbereich 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens“ am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin - bezeichnender Weise im Alfred-Krupp-Haus Berlin untergebracht - steht ebenfalls immer wieder in der Kritik Forschung nicht zum Nutzen des Allgemeinwohls, sondern im Dienste von Machtinteressen zu betreiben und Methoden kolonialistischer Herrschaft perfektionieren zu wollen (4). Und die Universität Potsdam hat seit 2007 mit dem Masterstudiengang „Military Studies“ etwas ganz besonderes im Programm. In vier Semestern kann man dort die Themenfelder „Militär, Krieg und organisierte Gewalt“ studieren. Die Bundeswehr erhofft sich von dem Studiengang, der zusammen mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr betrieben wird, neue Militärsoziologen und Historiker.

Militär- und Rüstungsforschung in Hessen

Die Lage in Hessen stellt sich nicht substanziell besser dar. In der Antwort der Hessischen Landesregierung auf eine Große Anfrage der Landtagsabgeordneten Janine Wisseler und Willi van Ooyen (DIE LINKE) betreffend militärischer und sicherheitstechnischer Forschungen in Hessen wird deutlich, dass auch an vielen hessischen Hochschulen Rüstungsforschung betrieben wird (5). Aus der Antwort geht hervor, dass vor allem an der Hochschule und TU Darmstadt sowie der Goethe-Universität Frankfurt und der Hochschule Fulda Projekte im Bereich der Rüstungs- und Sicherheitsforschung durchgeführt werden. Durch Kooperationen mit den beiden großen Kasseler Rüstungsschmiedern Krauss Maffei Wegmann und Rheinmetall Defence steht auch die Universität Kassel in engem Kontakt zum militärisch-industriellen Komplex.

Auch wenn sich in der Antwort der Hessischen Landesregierung keine Belege für militärische oder sicherheitstechnische Forschungsprojekte an der Justus-Liebig-Universität finden lassen, können diese nicht ausgeschlossen werden. In der bereits erwähnten Großen Anfrage gibt die Universität Gießen auf Anfrage an, dass die elektronische Drittmittelverwaltung der JLU in ihren hinterlegten Stammdaten nicht zwischen einzelnen Bundesministerien und ihren Projektträgern unterscheiden kann. Alle Projektförderungen aus dem Bereich des Bundes werden pauschal unter dem Geldgeber „Bund“ erfasst. Folglich seien

Fördermaßnahmen des Bundesministeriums für Verteidigung „nicht einzeln identifizierbar“. Auch die Frage, ob die JLU von Konzernen, die im Bereich der Sicherheits- bzw. Rüstungsforschung, Rüstungsherstellung oder -proliferation tätig sind Drittmittelzuwendungen erhalten habe, konnte von der Universität nicht beantwortet werden, da „nicht beurteilt werden kann, welche Konzerne, die ggfls. die JLU mit Drittmittelvorhaben unterstützen, zusätzlich im genannten Bereich tätig sind“. Dass auch an der Universität Gießen im Auftrag des Verteidigungsministeriums geforscht wird, lässt sich der bereits erwähnten Antwort auf die Kleine Anfrage an die Bundesregierung entnehmen. Der Antwort ist zu entnehmen, dass an der Universität Gießen ein wehrmedizinisches Projekt mit dem Titel „Hörschaden-Risiko für Knalle, Explosionen und Dauerlärm“ im Auftrag BMVg durchgeführt wurde. Ob es noch weitere Forschungsprojekte im Bereich der Militär- und Rüstungsforschung gibt ist unklar.



Die Notwendigkeit einer Zivilklausel

Ungeachtet des tatsächlichen bisherigen Ausmaßes der Rüstungs- und Sicherheitsforschung berührt das Thema Zivilklausel und Militärforschung die grundsätzliche Frage: Was darf Forschung und wo sind die ethischen Grenzen von Forschung und Wissenschaftsfreiheit? Der Verweis auf die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 GG) taugt an dieser Stelle nicht als Argument gegen eine Zivilklausel, wie der Hochschulrechtler Prof. Dr. Dr. Erhard Denninger in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung herausgearbeitet hat (6). Angesichts der gesteigerten Bedeutung von Drittmitteln, die sich nicht zu letzt aus den Kürzungen der Landesregierung bei der Grundfinanzierung der hessischen Hochschulen ergeben, scheint es dringend notwendig, sich verstärkt mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die gegenwärtige Novellierung der Grundordnung an der JLU Gießen stellt ein ideales Zeitfenster dar, um auch an der JLU die Diskussion über eine Zivilklausel zu initiieren. Bis zum März 2011 soll in einer Senatskommission eine neue Grundordnung erarbeitet werden. Der AStA wird sich dafür einsetzen, dass das Thema Zivilklausel im Wintersemester auch an der JLU diskutiert wird. Eine strenge Zivilklausel in der Grundordnung der JLU würde nicht nur dem Schwerpunkt der Lebenswissenschaften gerecht werden, sie könnte auch Signal für ein kritisches Bewusstsein über die eigene Geschichte sein.

Fortsetzung folgt: Der nächste Artikel wird sich mit dem Thema Jugendoffiziere an Hochschulen beschäftigen.

Anmerkungen:

- (1) Einen guten Überblick über das Thema Zivilklausel und Militärforschung und insbesondere über die Debatte um das KIT hat die „Initiative für eine einheitliche Zivilklausel am Karlsruhe Institut of Technology (KIT) und gegen Militärforschung an Universitäten“ unter dem folgenden Link zusammengestellt: <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.htm> [Abgerufen 31.08.2010]
- (2) Für einen Überblick über bestehende Zivilklauseln in Deutschland siehe Bisbis, Natascha (2010): Zivilklauseln für alle Hochschulen, in: Wissenschaft & Frieden 3/2010, URL: <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20100609.pdf> [Abgerufen 31.08.2010]
- (3) Bundesregierung (2008): Drucksache 16/10156, URL: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/101/1610156.pdf> [Abgerufen 31.08.2010].
- (4) Vgl. Heinelt, Peer (2008): „SFB 700“: Eine Institution an der FU Berlin liefert Informationen und Strategiekonzepte für bundesdeutsche Großmachtspolitik, URL: http://www.bundeswehr-wegtreten.org/main/jw_zu_sfb_700_2008-09.pdf [Abgerufen 31.08.2010]; Hartmann, Detlef (2009): SFB 700 - ein neokoloniales Projekt? Aufriss einer historischen Verortung, URL: <http://www.materialien.org/texte/hartmann/SFBNeokolonialismus.pdf> [Abgerufen 31.08.2010].
- (5) Hessische Landesregierung (2009): Drucksache 18/776, URL: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/6/00776.pdf> [29.August 2010].
- (6) Vgl. Denninger, Erhard (2009): Zur Zulässigkeit einer so genannten „Zivilklausel“ im Errichtungsgesetz für das geplante Karlsruher Institut für Technologie (KIT), URL: http://www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf [Abgerufen 31.08.2010].

Bring dich ein!

- Du interessierst dich für das Thema Militär- und Rüstungsforschung an Hochschulen?
- Du möchtest dich näher mit dem Thema Zivilklausel beschäftigen?
- Du hast Kenntnis Forschungsprojekte im Bereich der Militär- und Sicherheitsforschung an der JLU?
- Dann melde dich bei Florian Hartmann, AStA-Referent für Hochschulpolitik (florian.hartmann@asta-giessen.de)

Über den Stand der Reformen

Ein Beitrag von Alexander Busam

Einiges hat sich sicher bewegt. Nach dem Streik. Die Monitoring-Gruppe traf sich jeden Monat mit dem Präsidium, um die wichtigsten Dinge zu klären. In der Senatskommission Studiengänge kamen gefühlte 1000 Änderungen im vergangenen halben Jahr an, welche von den Fachbereichen schon beschlossen wurden. Aber die Frage, ob tatsächlich die Prüfungsbelastung nachhaltig zurückgefahren wurde, wird bei der Gesamtschau nicht ganz eindeutig beantwortet. Um allerdings grundsätzliche Veränderungen verankern zu können, gibt es tatsächlich ein Instrument, welches genutzt werden könnte. Die Allgemeinen Bestimmungen für modularisierte und gestufte Studiengänge bilden die Basis für alle weiteren Vorschriften zu einzelnen Studiengängen. Dort könnten Regelungen aufgenommen werden, die für alle wichtig sind oder wären. Wichtig, das bleibt die Frage. Wäre es etwa wichtig in diese sogenannte „Bibel der Modularisierung“ aufzunehmen, dass Studierende eine Maximalanzahl von Prüfungen insgesamt und pro Semester erbringen müssen. Vielleicht wäre es auch sinnvoll zu regeln, dass nur noch maximal ein Drittel aller Prüfungsleistungen als Klausur erbracht werden müssen. Das Referat für Studium und Lehre plant bei einigen dieser Fragestellungen Initiativen Richtung Senat und Senatskommission Studiengänge. Wir würden gerne in einem breiten Dialog mit den Fachschaften und den Studierendeninitiativen und VertreterInnen treten um über diese Frage zu diskutieren. Wenn ihr euch an diesem Prozess beteiligen wollt, geht in eure Fachschaften oder kommt bei uns in der Sprechzeit oder beim offenen Arbeitskreistreffen vorbei.

Kompetenzen werden anerkannt, es geht nicht um Bildungseinrichtungen

Ein Beitrag von Alexander Busam

Immer wieder wurde in der Vergangenheit die Frage aufgeworfen, ob Kompetenzen, die nicht an einer Uni durch Seminar oder Praktikum angeeignet wurde, auch anerkannt werden. Dabei geht es etwa um Inhalte einer Berufsausbildung. In einer der vergangenen Senatskommissionssitzungen Studiengänge teilte das Präsidium mit, dass grundsätzlich Kompetenzen etwa auch aus einer Berufsausbildung anerkannt werden können. Wichtig für die Anerkennung sei nur, ob die Vergleichbarkeit zwischen dem, was die Ordnung oder Modulbeschreibung verlangt und dem, was man selbst als Kompetenz mit Zeugnis oder Nachweis vorbringen kann übereinstimmt oder zumindest die gleiche Kompetenz darstellt. Falls also in Zukunft DozentInnen erklären würden, dass man an der Uni eine spezielle Kompetenz erlernt haben müsse, stimmt dies genau so nicht. Bei Problemen in dieser Angelegenheit solltet ihr euch an den / die Lehr- und Studienkoordinator/in wenden oder dann beim AStA-Referat für Studium und Lehre nachfragen.

Wenn man in Gießen besser bleibt oder wie sich die Fachbereiche abschnitten

Ein Beitrag von Alexander Busam

Ein Ziel des Bologna-Prozesses sollte sein, dass Studierende flexibler und einfacher die Uni wechseln können, ohne auf große Probleme wegen der Anerkennung von Leistungen zu stoßen. Aber wie sieht die Realität zumindest in Gießen aus? Ein Beispiel dafür, wie es eine Hochschule beziehungsweise Fachbereiche nicht tun sollten, sind in mehreren Fachbereichen hier zu finden. Dies wird überdeutlich bei den Regelungen zum Eintritt in die Masterstudiengänge. Dort werden nicht nur spezielle Bachelor-Abschlüsse vorgeschrieben, die vor allen denen ähneln, welche in Gießen vorkommen. Dann finden die Studierenden in den Ordnungen zum Master und zu einzelnen Modulen in den Studiengängen noch Vorschriften, welche vor allem die Studierenden aus Gießen privilegieren. Abgestimmt auf die Bachelor-Studiengänge werden hier Masterprogramme formuliert, welche für Gießener ohne Probleme studierbar sind, für andere aber eher zum Problem werden. Dass dies Programm ist und keine zufällige Begrenzung und Beschränkung ist, geben die Studiendekane auch unumwunden zu. Schließlich gehe es darum, ein Profil oder eine Fächertradition zu pflegen. Fraglich bleibt, was dann noch von Bologna übrig bleibt. Und immer wieder kommt die Frage auf, ob es nicht Willkür ist, wenn eine Vorgabe genau umgesetzt werden muss (bei Fragen, welche die Studierenden belasten) andere aber gar nicht mehr wahrgenommen werden (bei Fragen, welche die Uni und Fachbereiche belasten).

Novellen sofort gültig ohne Veröffentlichung

Ein Beitrag von Alexander Busam

Wie das Präsidium nach einer studentischen Senatsanfrage mitteilt, müssen neue Prüfungsordnungen oder Änderungen von bestehenden Prüfungsordnungen nicht erst veröffentlicht werden, bevor die Ordnung in Kraft tritt. Wie das Präsidium in einer der letzten Senatsitzungen ausführt, gäbe es über die Frage der Veröffentlichung noch keine Regelung für die Justus-Liebig-Universität Gießen. Also treten die Satzungen auch dann in Kraft, wenn sie noch gar nicht veröffentlicht sind.

Hintergrund der Debatte ist unter anderem ein Verwaltungsgerichtsurteil aus Jena. Dort hatten die Richter einem Studierenden Recht gegeben, der die nicht vorhandene Veröffentlichung kritisiert hatte. Dies sahen die Richter als nicht vereinbar an mit dem Rechtsstaatsprinzip. Grundsätzlich gingen die Richter davon aus, dass der Bürger sich zumindest informieren kann über das ihn betreffende Recht. Unter anderem auch, um sich kundig zu machen, ob die Verwaltung richtig handelt oder Fehler begeht.

In Gießen gibt es aktuell noch die Situation, dass viele Ordnungen oder deren Änderungen nicht veröffentlicht sind. Veröffentlicht bedeutet an der JLU, dass es in den Mitteilungen der Universität (www.uni-giessen.de/mug) online gestellt sind. Zwar soll es eine sogenannte „MUG-Klinik“ geben, bei der die meisten Änderungen eingearbeitet werden sollen. Allerdings muss

Studium & Lehre / Hochschulpolitik

erst das Ergebnis dessen abgewartet werden.

Ob es tatsächlich so ist, dass auch ohne Veröffentlichung eine Satzung rechtlich bindend wird, soll in der nächsten Zeit vom AStA geprüft werden. Bis zur endgültigen Klärung raten wir den Studierenden immer wieder nachzufragen bei Studienkoordinatoren, Studiendekanen oder der zuständigen Stabstelle A.2, welche Ordnung für sie aktuell gelten. Auch das Prüfungsamt muss euch diesbezüglich Auskunft erteilen. Falls es damit Probleme gibt, sollte man sich beim Referat für Studium und Lehre melden (Sprechzeiten unter www.asta-giessen.de).

Alles was Recht ist...

Ein Beitrag von Alexander Busam

Unter diesem Motto will sich das Referat Studium und Lehre in der nächsten Zeit schlaue machen, was Rechtsgelehrte von einigen Gießener Uni-Spezialitäten halten.

Immer wieder etwa werden die Mitwirkungsrechte von Studierenden in den universitären Gremien beschnitten. Das geschieht etwa bei sogenannten Umlaufbeschlüssen. Das Dekanat schickt dann eine Email an alle Fachbereichsmitglieder, also auch die studentischen. Diese sollen dann in einer Frist von einigen Tagen über die Sache ebenfalls per Email abstimmen. Eine Diskussion oder einen Meinungsaustausch kann es nicht geben, Rückfragen können maximal persönlich gestellt werden. In einer Senatssitzung im Juli 2010 wurde die Rechtsmeinung vom Präsidium mitgeteilt, dass Umlaufbeschlüsse in Ordnung wären, selbst dann, wenn diese neues Recht schaffen, also etwa eine neue Prüfungsordnung. Das AStA-Referat Studium und Lehre bezweifelt, dass Umlaufbeschlüsse vor allem in diesem Bereich überhaupt möglich sind. Deshalb wird der AStA in der nächsten Zeit Rechtsgutachten zu dieser Frage erstellen lassen.

Ebenfalls sollte geklärt werden, wann für wen welche Änderung von Prüfungsordnungen gelten. Im vergangenen Vierteljahr wurden sehr viele Prüfungsordnungen geändert, unter anderem auch deshalb, weil im Streik 2009 viele Studierende Kritik an der Situation geäußert hatten. Jetzt ist die Frage zu klären, wann für wen welches Recht denn gilt. Ist vielleicht jede neue Vorschrift sofort für jeden gültig, inwieweit gibt es eine Wahlmöglichkeit zwischen alter und neuer Ordnung, oder kommt es darauf an, was die Änderung selbst besagt. Diese Sache wird aktuell zumindest nach der Auffassung des Referats für Studium und Lehre in der Praxis sehr unterschiedlich gehandhabt. Damit für alle klar wird, was für wen gilt, will auch hier der AStA ein Gutachten erstellen lassen.

Als dritten Punkt will der AStA wissen, welche Veröffentlichungspraxis eigentlich korrekt ist. Die Uni vertritt aktuell die Meinung, dass die Prüfungsordnungen nicht veröffentlicht werden müssen, um ihnen Gültigkeit zu verleihen. Das würde bedeuten, dass die Studierenden nicht immer unbedingt wissen, unter welchen Vorgaben sie überhaupt studieren. Demnach könnte als Extremfall eine ganze Studienstruktur geändert werden, was die Studierenden gar nicht mitbekommen und Seminare möglicherweise belegen, die sie gar nicht brauchen. Um auch diese Frage klären zu lassen, gibt es ein weiteres Rechtsgutachten in der nächsten Zeit.

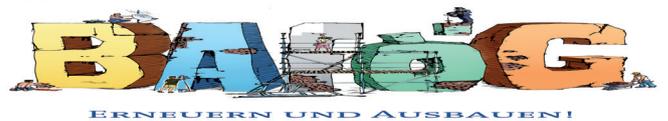
Über die Ergebnisse der Gutachten werden wir euch über die Fachschaften und die Homepage des AStAs sowie in unseren Sprechzeiten informieren.

Die Fehler der Politik beim BAföG

Ein Kommentar von Lucas Proehl

Nach der Verkündung der Bundesregierung, die BAföG-Sätze zu erhöhen, atmeten nicht wenige Studierende erleichtert auf. Es verwunderte mich schon, dass ausgerechnet Union und FDP die finanzielle Situation für Studierende ohne wohlhabende Eltern verbessern wollten. Heute frage ich mich, ob pures politisches Kalkül hinter dieser Ankündigung steckte. Wäre es nicht möglich, dass Merkel und Westerwelle bereits damals wussten, dass die Bundesländer nicht die Kosten für die Erhöhung der Sätze mittragen würden? Ernüchternd war es schon, als der AStA im Juli erfuhr, dass die BAföG-Erhöhung im Bundesrat vorerst gescheitert waren – Die Mehrheit der Landesregierungen sehen nicht ein, für die Studierenden in ihrem Bundesland noch mehr auszugeben, darunter übrigens auch das SPD-Linke geführte Bundesland Berlin. Konsequenterweise war daher die im JLU-Studierendenparlament einstimmig verabschiedete Resolution gegen diese Entscheidung. Doch solche Appelle an die Politik verpuffen in der Medienlandschaft (immerhin: Die regionale Zeitung erwähnte sie!). Ebenso ernüchternd ist die Nachricht aus Niedersachsen, wo ein Student geklagt hatte, weil er aufgrund von Studiengebühren mehr BAföG verlangte – Erfolglos. Schlimmer noch: Nicht einmal eine Revision wurde gewährt. Das lustige und traurige an der Sache ist: Studiert jemand im Ausland, kann er oder sie bis zu 4600 Euro Zuschuss für Studiengebühren erhalten, die nicht zurückerstattet werden müssen. Zürich statt Hildesheim?

Auffällig ist in jedem Fall, wie schweigsam sich die Bundesregierung zum Thema BAföG verhält. Begrüßt wurde einzig die Entscheidung des Bundesrates, einem Stipendienprogramm zuzustimmen, von dem 160.000 der besten Studierenden mit etwa 300 Euro im Monat profitieren werden. Wie viele von ihnen zu den über 550.000 gehören werden, die jährlich auf BAföG angewiesen sind, werden wir wohl kaum erfahren. Hinzu kommen über 323.000 SchülerInnen, die BAföG erhalten, weil sie z.B. nicht in der Nähe ihrer Eltern leben: Manche von Ihnen erhalten wie Studierende knapp 400 Euro und müssen davon eine Wohnung bezahlen.



Die Politik muss handeln, sowohl im Bund als auch in den Ländern: Bildungsministerin Schavan kündigte eine Milliarde Euro für die Universitäten in den nächsten Jahren an, während Länder wie Hessen zur selben Zeit Finanzmittel für ihre Hochschulen kürzen. Das Argument Krise macht alle Kürzungen plausibel. Wenn einflussreiche PolitikerInnen auf Bund- und Landesebene nicht bald die Initiative ergreifen, werden die BAföG-Sätze bei steigender Inflation gleich bleiben oder möglicherweise sogar sinken. Die Leidtragenden sind schon jetzt die Gruppe Studierenden, deren Eltern nicht genügend verdienen, um Ihnen das Studium zu bezahlen. Es wäre ein Fehler mit fatalen Folgen, wenn diese wachsende Gruppe von jungen Menschen dem Sparzwang reicher PolitikerInnen zum Opfer fallen würde.

Hintergründe: <http://www.sozialleistungen.info/news/09.07.2010-bundesrat-stoppt-bafoeg-erhoehung/>
<http://www.bafoeg-aktuell.de/cms/bafoeg/gesetz/bafoeg-auslandszuschlagsv.html> (Paragraf 3)

Nachhaltig gegen Studiengebühren in Hessen, Deutschland und der Welt

Wahlvollversammlung des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren in Gießen

Gründung eines neuen Trägervereins. Bisheriger Vorstand bleibt vorerst kommissarisch im Amt.

Ein Beitrag von Anne Schindler

Vom 20.08.-22.08.2010 konnte der AStA Gießen das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (kurz: ABS) als Gast begrüßen. 60 TeilnehmerInnen aus der ganzen Bundesrepublik kamen an die Justus-Liebig-Universität, um sich mit bildungspolitischen Themen im Rahmen des Bündnisses auseinander zu setzen.

Das ABS ist ein Zusammenschluss von Studierendenvertretungen/-verbänden, einzelnen Studierendenvertretungen, Hochschulgruppen, Parteimitgliederungen, SchülerInnenorganisationen, gewerkschaftlichen Organisationen, Initiativen, Verbänden, Fachschaftenorganisationen und Personen und lebt von der aktiven Beteiligung engagierter Mitdenker. Es wurde 1999 gegründet, als die damalige rot-grüne Bundesregierung von der Idee eines bundesweiten Studiengebührenverbotes, wie sie es in ihrem Koalitionsvertrag formuliert hatte, Abstand nahm.

[Auszug aus dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen, 1998: „[...] Deutschland muß eine Ideenfabrik werden. Wir wollen ein Klima des geistigen Aufbruchs fördern, das Bildung, Wissenschaft und Forschung neue Entfaltungsmöglichkeiten bietet, bestehende strukturelle Verkrustungen aufbricht und der jungen Generation Zukunftschancen eröffnet. Bildung, Forschung und Wissenschaft sind unsere Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhundert.

[...]

Wir werden das Hochschulrahmengesetz im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterentwickeln und dabei die Erhebung von Studiengebührenausschließen sowie die verfasste Studierendenschaft absichern. [...]"

Aus der Sicht des ABS sind Studiengebühren abzulehnen, da sie aus gesellschafts-, sozial und bildungspolitischen Gründen die Krise des Bildungssystems verschärfen. Eine gegenteilige Meinung wird von einer Vielzahl unterschiedlichster (politischer) Akteure vertreten. Sie suggerieren zumeist die Notwendigkeit einer privaten, individuellen und finanziellen Beteiligung an den institutionellen Kosten des öffentlichen Bildungssystems, oftmals ohne eine breite vielschichtige gesellschaftliche Diskussion über die Funktion und Bedeutung von Bildung und Bildungssystem(en) anzustoßen oder zuzulassen.

Für die Auseinandersetzung mit dem Thema Studiengebühren in der Gesellschaft setzt sich das ABS ein z.B. durch Unterschriftenaktionen, Mitorganisation von und Mobilisierung zu Demonstrationen, die einen relevanten Bezug bildungspolitischen Bezug aufweisen, Unterstützung von anderen kreativen Protestaktio-

nen, durch Informations- und Aufklärungsarbeit.

Auch auf dem letzten Treffen in Gießen gab es viele interessante Workshops zu unterschiedlichen Themen. Des Weiteren sollte ein neuer Vorstand gewählt werden, wozu es aufgrund kontroverser Diskussionen bezüglich der Ausschreibung und der vorliegenden Bewerbung nicht kam. Die Teilnehmenden einigten sich auf eine Neuausschreibung und Vertagung der Wahl. Die jetzigen Vorstandsmitglieder, Christina Schrandt und Alexander Lang, erklärten sich bereit, bis zur nächsten Wahlvollversammlung den Posten weiterhin kommissarisch zu bekleiden. Dennoch gab es einen Erfolg zu verzeichnen: Um die Arbeit des ABS abzusichern, wurde ein Trägerverein gegründet, zu deren Mitbegründer auch der AStA Gießen zählt. Der Trägerverein soll einen Beitrag zur besseren Finanzierung zukünftiger Projekte des ABS leisten, die sich nachhaltig für ein gebührenfreies Studium einsetzen.

Internetpräsenz des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren: <http://www.abs-bund.de>

Die Veranstaltung wurde vom ABS und den ReferentInnen für Hochschulpolitik des AStA - Anna Gäde, Lea Gleixner, Florian Hartmann, Alexander Lübcke, Markus Oberender und Anne Schindler - organisiert und durchgeführt.

BILDUNGSPOLITIK 2010:

„WIR MÜSSEN PRÜFEN, OB DAS NOCH FINANZIERBAR IST.“

Roland Koch, Mai 2010

WENN TEILHABE ZUM FINANZPROBLEM WIRD

WIRD GLEICHHEIT ZUR FARCE

„Niemand darf vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“

UN-Behindertenrechtskonvention
...auch in Deutschland gültig

Hochschulpolitik

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“

Ein Rückblick auf den Bildungsprotest im Sommer 2010 in Gießen

Verfasser: StadtschülerInnenrat Gießen

Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende gingen am 01.07. gemeinsam in Gießen für ihre Bildung demonstrieren. „Wir freuen uns, dass trotz des sehr heißen Wetters so viele gekommen sind um hier ihren Unmut über das Bildungssystem zu zeigen“, sagte Silas Gläß, Vorstandsmitglied des Stadtschülerrats Gießen einleitend. Ziel des Bildungsstreiks, der vom StadtschülerInnenrat Gießen organisiert wurde, war es, auf die Bildungsmisere in Hessen aufmerksam zu machen. Der AStA der JLU Gießen und die DGB Jugend unterstützten den Streik.

„Es herrscht große Unzufriedenheit über dieses selektive und sozial ungerechte Bildungssystem und Unzufriedenheit darüber, dass die Regierung in Wiesbaden vor langer Zeit den wichtigsten Aspekt der Bildung aus den Augen verloren hat. Der Kern ist nicht, Wahlkampf zu machen. Der Kern sind wir. Es geht darum uns Schülerinnen und Schüler richtig zu fördern. Wir sind die Zukunft der Gesellschaft.“, so Kamyar Mansoori, stellv. Stadtschulsprecher Gießens und Mitglied des Vorstandes der hessischen Landeschülervertretung über die hessische Bildungspolitik. Redner von Stadt- und Landeschülervertretung zeigten die Probleme des Bildungssystems auf. Das gegliederte Schulsystem sei veraltet und fördere soziale Ungerechtigkeit statt Schülerinnen und Schüler. G8 in der jetzigen Form sei ungerecht und erhöhe nur den Leistungsdruck auf junge Schülerinnen und Schüler. Zudem benachteilige es Schülerinnen und Schüler, die auf Haupt- und Realschulen gehen, da die Durchlässigkeit in Richtung Gymnasium eingeschränkt werde. Weitere Schwachpunkte seien zu große Klassen und natürlich dürfe es auch nicht sein, dass in der Bildung gespart werden wolle. Weiterhin wurde die Lehrmittelfreiheit thematisiert. Jonas Schneider, Mitglied des Vorstandes des Stadtschülerrats Gießen dazu: „Bildung muss kostenlos sein! Sie muss allen Schülerinnen und Schülern, egal welchen sozialen Hintergrund sie haben, gleichermaßen zur Verfügung stehen!“

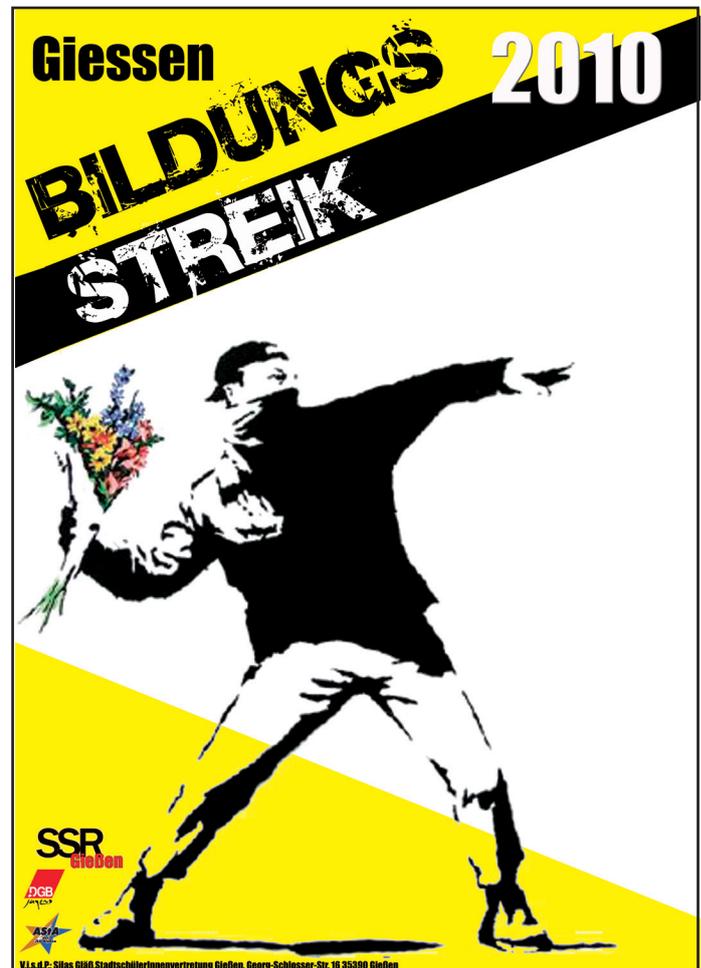
„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“,

riefen Schüler und Studenten gemeinsam in Richtung Wiesbaden.

Statt nur Missstände zu kritisieren, wurden aber auch Lösungsvorschläge gegeben. Der Stadtschülerrat fordert Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur 10. Klasse lernen zu lassen und sie nicht in Schulzweige einzuteilen, die Klassengrößen von maximal 35 auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler herunterzusetzen und mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie mehr pädagogisches Fachpersonal einzusetzen. Weiterhin soll G8 in der jetzigen Form durch eine variable Oberstufe ersetzt werden, die in zwei bzw. drei Jahren durchlaufen werden kann. Die Schule soll grundsätzlich demokratisiert werden, indem beispielsweise

Schulparlamente eingeführt werden, in denen Schüler und Lehrer gleichermaßen Schule gestalten können und auch technische Mitarbeiter einer Schule eingebunden werden. Bildung soll vollkommen kostenlos werden und natürlich soll mehr statt weniger Geld in Bildung investiert werden.

„Dafür stehen wir heute hier! Gemeinsam können wir diese Ziele erreichen!“, so Gläß abschließend.



Sturm & Klang Festival.

25.-27. Juni

Stürmender Applaus und klingende Stimmen - Bericht vom Sturm&Klang-Festival der Studierenden

Ein Bericht von Ivan Lappo-Danilevski

Freitag:

15 Uhr: Cressy Jaw machen mit Reggae-Rock den Auftakt. Kommt gut an bei den ersten Besuchern, die entspannt das Wetter genießen. Gleich zu Beginn besonderen Dank an die Sonne, die dem Festival durchgehend die Treue gehalten hat, ohne tropische Hitze zu produzieren. Die Dozierenden verlassen nach und nach das Gelände. Manche bleiben kurz stehen und betrachten, welche Ausmaße das von den Studierenden organisierte Fest doch annimmt: sogar der Mitarbeiterparkplatz wurde gesperrt, um Platz für eine Bühne zu schaffen.



Foto: Tim Eisenberg <http://www.dertunnel.de/>

20 Uhr: Es füllt sich. Die Bühnen vor dem Audimax und vor dem Musikinstitut werden auch schon von unterschiedlichen Bands gerockt. Viele Musiker kommen aus Gießen und Marburg, aber manche kommen auch von weit her wie z.B. Vince Vega aus Potsdam. Im Audimax sind alle Stühle ausgeräumt und eine große Licht- und Musikanlage aufgebaut. Drinnen und draußen wartet alles gespannt auf den Beginn des Konzerts. Olli Schulz macht den Anfang und überzeugt - witzig und nachdenklich zugleich.



Foto: Tim Eisenberg <http://www.dertunnel.de/>

22 Uhr: Manchmal möchte man an zwei Orten gleichzeitig sein. Die Kraut-Rock Veteranen von Guru Guru, schaffen es, den Mitarbeiterparkplatz mit Fans unterschiedlichster Altersgruppen zu füllen. Ich lasse mir die psychedelische Show inklusive indischen Anklängen und magischem Kopfschmuck nicht entgehen. Gleichzeitig legen die melodischen Punk-Rocker von Jupiter Jones im Audimax richtig los. Das Foto zeigt ein begeistertes Publikum und beweist, dass das Audimax durchaus Qualitäten als Konzertsaal hat.



Foto: Tim Eisenberg <http://www.dertunnel.de/>

Mitternacht: Draußen läuft alles rund, Bands und Besucher haben Spaß. Das Audimax ist voll, es werden keine Karten mehr verkauft. Egotronic gibt drinnen alles und bei „Raven gegen Deutschland“ rasten 1500 Besucher einfach aus. Das Konzert

Kultur

hat den Electro-Punks sichtlich Spaß gemacht und entsprechend heiter geht's danach im Backstage-Raum zu. Was solls: man kann ihnen ja schlecht zumuten nachts im „richtigen Gießen“ auf Party-Suche zu gehen.

3 Uhr: Licht und Musik sind aus, die Polizei kommt vorbei und bittet den Double-Bass der Metal-Bands beim nächsten Mal doch etwas leiser zu drehen. „Das muss drücken“, haben sich Dimless und Dystocia wahrscheinlich gedacht und Gas gegeben. 3000 Leute waren heute sicher auf dem Gelände, wer hätte das gedacht..

Samstag:

12 Uhr: Man sieht tatsächlich einige Hungrige im Frühstückszelt. Obwohl die Heimfahrt sicher nicht so weit gewesen wäre, haben doch mehrere Dutzend Besucher ihre Zelte im Campus Camp aufgeschlagen. Arlito's Way macht den Anfang von 16 Stunden non-stop musikalischem Programm. Aber heute geht noch so viel anderes: vor dem Audimax schlendern entspannte Menschen über den Flohmarkt, holen anregende Getränke und Informationen am Stand der „Globale Mittelhessen“ und im Café Regenbogen. Das Audimax wird derweil zum Kino/Theatersaal umgebaut, in dem später universitäre Filmproduktionen gezeigt werden.

17 Uhr: Alles in Farben, alles in Bewegung. Jongleure zeigen ihre Tricks, Slack-Lines sind gespannt. Es wimmelt nur so von laufenden Body-Painting Kunstwerken, und auch die anderen Workshops werden rege wahrgenommen. Bevor Skid da Beat den Graffiti-Workshop anfängt, holt ihn Lukas Love nochmal auf die Bühne, um mit uns einen kleinen Beatbox-Jam zu starten. Danach noch die breakdancenden „Super Smash Brothers“. Die Stimmung könnte eigentlich nicht besser sein, wie auch das Filmteam von der Frankfurter Rundschau feststellt und festhält.

19 Uhr: Mir wird bewusst, wie viel ich eigentlich verpasse. Nach einer Aufführung von Tänzerinnen des Stadttheaters findet auf der Probephöhne der Theaterwissenschaften eine echt aufwendige Performance statt. Gleichzeitig treten aber noch auf vier (!) weiteren Bühnen Künstler auf. Der effektvolle Sound von Captain Overdrive auf der Hauptbühne zieht mich und viele andere in seinen Bann.



Aus: Gießener Allgemeine Zeitung

21 Uhr: Gleich geht die Nachttanzdemo los. Jona:S heizen auf dem Platz vor dem Audimax ein. Die Show kommt an und macht den Jungs Spaß. Total spontan sagen sie zu, auf dem Jam-Session LKW der Nachttanzdemo mitzuspielen. Endlich ist es auch soweit, 3 LKW mit Musik-Anlagen und mehr als Tausend Menschen setzen sich in Bewegung. Und es werden immer mehr, die zu den Drum'n'Bass-Klängen von UnderTheGround feiern und den gegen die massiven Kürzungen in der Bildungspolitik gerichteten Reden lauschen, während sich der Zug bis zum Berliner Platz vorarbeitet und dann wieder zurückkehrt.

1 Uhr: Auf dem Festival Gelände sind vielleicht noch hundert Menschen, die das Public Viewing von USA gegen Ghana oder den Tresen vorzogen. Doch dann bricht sie herein, die Welle von 3000 tanzenden Gießenern. Als Empfang steht eine Feuershow bereit und im Audimax geht die Party nahtlos mit Drum'n'Bass von DJ Giant und Co weiter. Und wieder wird es bis zum Anschlag gefüllt.



Aus: Gießener Allgemeine Zeitung

4 Uhr 30: Es wird schon hell, das Chill-Out Set von DJ Roug-hael ist zu Ende gespielt und es sind noch immer knapp 200 Besucher auf dem Festivalgelände. Es hätten sicher noch einige mehr durchgemacht, wenn im Audimax nicht das Licht ausgegangen wäre.

Sonntag:

12 Uhr: Es stehen noch 4 Bands und eine Bauchtanzshow auf dem Programm. Sonnenbrille aufziehen - drei Tage wach. Die Jongleure starten ihren Workshop und endlich hat man auch Muße, die Kunstaussstellung im Foyer des Audimax oder das „Sturm&Klang“-Graffiti zu betrachten.

14 Uhr: Den offiziellen, besinnlichen Abschluss des Festivals macht Lars Ruppels Kollege Bo Wimmer mit einem Poetry-Slam in der prallen Sonne. Aber viele bleiben einfach da und bevölkern die Wiesen des Philosophikums, spielen Gitarre, Jonglieren und zeigen uns, dass sie sich wohl gefühlt haben und eigentlich keiner so recht daran glaubt, dass am nächsten Morgen der gleiche Ort wieder für Lehrveranstaltungen erhalten muss.

Selbstbestimmung

Die selbstbestimmte Frau – Utopie oder Chance?

Ein Beitrag von Karoline Klamp-Gretschel

Eine der beiden Kategorien, in die Gesellschaft im alltäglichen Leben unterteilt, sind die vermeintlich einzigen Geschlechter, Frau und Mann, weiblich und männlich (weitere Informationen zur Konstruktion von Geschlechtern sind u.a. unter www.heinzjuergenvoss.de zu finden). Für beide Kategorien existieren unterschiedliche Definitionen, abhängig von der Ausgangssituation des/der Definierenden. „Frau“ kann sich auf das biologische Geschlecht der angesprochenen Person beziehen und beschreibt damit unter Umständen anatomische Merkmale; darüber hinaus wird „Frausein“ oftmals auch als Kategorie für bestimmte Verhaltensweisen und Rollenzuschreibungen verstanden. In traditionellen Gesellschaften war und ist die Frau Mutter und (Ehe-)Partnerin, die die „Herrschaft“ über Küche und Kinder hatte, somit zuhause blieb und dort ein „Heim“ schaffen sollte.

In modernen Überlegungen sind Frauen selbstbestimmte Menschen, die ebenso wie Männer erwerbstätig sein können, um sich finanziell abzusichern, wie auch sich selbst zu verwirklichen. Neben den zusätzlichen Möglichkeiten, die sich hierdurch für die Frau von heute ergeben, entstehen ebenso neue Probleme, da der Begriff „arbeitstätige Frau“ nicht automatisch einen „Haushaltsführenden Mann“ (den sog. „Hausmann“) impliziert. Eine Frau soll nicht nur versuchen ihre Karrierewünsche, Kinder und Haushalt miteinander zu vereinbaren, sondern stets schön und attraktiv, begehrenswert für ihren Mann (in Hinblick auf die heteronormative Gesellschaft) sein. Diese Ansprüche der Schönheit werden an jede Frau gestellt, wobei die Ideale, die die Medien uns alltäglich unterbreiten, nur von einer geringen Gruppe von Frauen erfüllt werden können. Durch die ständige Konfrontation mit jenen scheinbaren „Gesetzen der Schönheit“ und den individuellen „Problemzonen“ empfinden sich viele Frauen als unzulänglich, mit den ständigen Versuchen sich soweit zu verändern und zu „modellieren“ (bis hin zur Hilfe durch die plastische Chirurgie), bis die einzelne Frau beginnt, sich selbst, ihre Individualität und persönlichen Erwartungen zu verlieren.

Neben dem Versuch traditioneller Geschlechterstereotypen und damit verbundenen Rollenzuschreibungen Frauen in bestimmte sozial erwünschte Lebensformen und Verhaltensweisen zu pressen, bietet der Gender-Begriff die Chance über anatomische Zuschreibungen hinweg auf psychologische und soziale Aspekte von Geschlecht zu blicken. Unabhängig von der eigenen körperlichen Beschaffenheit reproduzieren Menschen eigene Vorstellungen und Erwartungen durch individuelle Verhaltensweisen, die nicht immer traditionellen Rollenbildern entsprechen müssen. „Frau zu sein“ muss los gelöst von der Anatomie des Körpers und von Lebensidealen und –formen vergangener Zeiten betrachtet werden, diese Tendenz muss auch von und in den Medien Beachtung finden, um Individualität und Schönheit – Schönheit, die im Auge der Betrachterin liegt- zur Norm zu machen

Was aber geschieht, wenn man zwar Frau ist, aber trotzdem anders? Was geschieht mit Frauen, die aus der heteronormativen Schublade fallen? Frauen, die lesbisch sind; Frauen, die behindert sind; Frauen, die keine Kleider tragen wollen; Frauen, die

aus einem anderen Kulturkreis kommen; Frauen, die keine Kinder wollen; etc. Kann Frau „Frau“ sein, wenn sie „anders“ ist, als die Norm verlangt?

Diese Verschiedenheit kann ein Vorteil sein. Die Grenze, die eigene Individualität zu leben, lässt sich so schneller überschreiten, doch kann die Ausgrenzung aus der scheinbar klar abgegrenzten Kategorie „Frau“ auch ein schmerzhaftes Erlebnis sein. Schmerzhaft Gefühle und Erlebnisse können Ausgrenzung, das Streben nach Gemeinschaft durch Gemeinsamkeit sowie das Erfahren von Beleidigungen aufgrund der eigenen „Unzulänglichkeiten“ sein. Gerade für Frauen, die aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Behinderung, ihrer Lebensplanung und –form sowie körperlichen Beschaffenheit bereits aus verschiedenen Gruppen ausgegrenzt werden, ist es umso schwerer als „vollwertige Frau“ wahrgenommen zu werden. Um sich von Zugehörigkeiten und dem Zwang nach Anpassung lossagen zu können, benötigen Menschen – unabhängig vom Geschlecht- ein hohes Maß an Selbstbewusstsein und Mut (mögliche Interventionen können hier z.B. Selbstbehauptungskurse für Frauen mit Behinderung oder auch Gruppenangebote für Frauen in der jeweils gleichen Situation zum Austausch sein). Eine Gesellschaft, die auf Gruppenbildung und Kategorisierung basiert, lässt einer individuellen Definition von Persönlichkeit nur wenig Raum. Das Verständnis des anderen ist oftmals durch den Abgleich mit Bekanntem geprägt, Unbekanntes verunsichert und führt oft zu angstbehaftetem Abwehren, um sich selbst zu schützen vor möglicherweise negativen Erfahrungen.



Aufnähermotiv von Trouble-X (www.troublex.blogspot.de/)

Frau zu sein im 21. Jahrhundert bedeutet also weitaus mehr, als dem gesellschaftlichen Anspruch der Vereinbarkeit von Karriere, Kindern und Haushalt zu genügen, es geht grundsätzlich darum die eigenen Wünsche, Pläne und Ziele zuzulassen und zu evaluieren, um diese dann soweit wie möglich in die Realität umzusetzen. Um „Frau“ zu sein, muss jeder Mensch, der sich als Frau bezeichnet, sich der eigenen Fähigkeiten zur Gestaltung bemächtigen, um in authentischer Weise sich selbst in der Gestaltung der Gesellschaft – vor allem auch Umgestaltung- zu vertreten. Die Gesellschaft muss sich von überlieferten Rollenverständnissen lösen, um sich den modernen Bedingungen der Menschheit zu öffnen und unter diesen erfolgreich weiter existieren zu können. Ein Umdenken könnte für die kommenden Generationen eine von Beginn an größere Vielfalt an Lebensmodellen bedeuten, damit bereits Mädchen die Freiheit genießen können, in ihren Gedanken und Wünschen an die Zukunft alles sein zu dürfen, was sie sich vorstellen können. Diese Aufgabe obliegt allen Menschen – unabhängig ihres Geschlechts – um somit eine gleichberechtigte Realität zu schaffen und damit auch den Grundstein zum nächsten Schritt, der Anerkennung anderer Geschlechter als Frau und Mann, zu legen.

Selbstbestimmung

Was Männer zu lieben mit dem Kampf aller Menschen um Selbstbestimmung zu tun hat.

Ein Beitrag von Markus Otterbein

Heute ist schwul sein komplizierter, vielfältiger und einfacher als es je war: Wir können uns nicht nur als heterosexuell, bisexuell oder homosexuell bezeichnen, sondern auf Modelle wie z.B. Pansexualität (1) zurückgreifen, welche zeigen wie frei und facettenreich Identität und Sexualität sein können.

Mehr als „nur“ schwul

Die Möglichkeiten der Definition der eigenen (sexuellen) Identität und der eigenen (sexuellen) Vorlieben scheinen mannigfaltig, worin Potential liegen kann. Wenn sich selbst Frauen als schwul bezeichnen können (2), wenn Männer, die mit Männern Sex haben schwul, bisexuell, pansexuell oder selbst heterosexuell (wie die meist leider unsichtbaren MSM (3)), sein können, dann besteht die Möglichkeit einer neuen, allumfassenden Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Liebe und Sexualität.

Bislang ist weder eine Gleichbehandlung, noch eine Gleichberechtigung mit konservativeren Lebensweisen erreicht. Schwule und Lesben, ebenso wie alle anderen Menschen, die nicht heterosexuell sind oder von anderen Menschen nicht eindeutig in ihrem Geschlecht zugeordnet werden können oder wollen, werden immer wieder mit Anfeindungen konfrontiert.

Alltägliche Gewalt und staatliche Diskriminierung

In über 35% aller Staaten der Erde werden homosexuelle Menschen (strafrechtlich) verfolgt. Gewalt gegen Homosexuelle, Bisexuelle, Intersexuelle und Trans*-Personen ist kein Einzelfall. Im Sudan werden Männer wegen Cross-Dressing (4) ausgepeitscht, in Simbabwe werden Frauen wegen Homosexualität verhaftet, in Slowenien homofreundliche Cafés mit Molotow-Cocktails beworfen, in Deutschland schwule und lesbische Besucher*innen während der Gaygames in Köln geschlagen.

„Zivile Gewalt“ wird in den meisten Ländern durch staatliche Diskriminierung getragen, selbst wenn die machthabenden Politiker*innen gleichzeitig zu Toleranz aufrufen. „Gleichgeschlechtliche“ Paare können beispielsweise noch lange nicht in allen Ländern heiraten. In manchen Ländern sind „eingetragene Lebenspartnerschaften“ möglich. „Homoehen“ haben jedoch meist weniger Rechte als heterosexuelle Ehen und durch abstru-

se Wortschöpfungen wird peinlich genau darauf geachtet, dass es ja zu keiner Verwechslung mit der „normalen“ Ehe kommt (5). Hierbei stellt sich die Frage, was eine Familie überhaupt ist und warum eine Familie unbedingt einen „Mann“ und eine „Frau“ braucht um „normal“ zu sein und vor allem bevorteilt zu werden.

Wer Diskriminierung, Benachteiligung und Gewalt bezwingen möchte, darf sich nicht allein auf Einzelthemen konzentrieren und das große Ganze aus den Augen verlieren. Wir müssen für das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Menschen kämpfen, und nicht nur beschränkt auf den geographischen Raum von Deutschland und Europa

Kampf aller Menschen um Selbstbestimmung

Diskriminierung und Benachteiligung von Minderheiten darf ebenso keine Zukunft haben, wie die Diskriminierung und Benachteiligung von Mehrheiten. Auch diese passiert tagtäglich, wenn z.B. Frauen für ihre Leistung weniger Lohn erhalten als Männer oder nicht uneingeschränkt über ihren eigenen Körper verfügen können, wenn es um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geht. Oder wenn Frauen und Männer gleichermaßen um gerechte Entlohnung kämpfen und um menschenwürdige Behandlung durch Behörden, wenn es um Arbeitslosengeld oder Aufenthaltsrecht geht. Hier bedarf es Zusammenhalt, Solidarität mit allen Betroffenen von Diskriminierung und Repression, egal ob man selbst zur angegriffenen Gruppe gehört oder nicht.

Das Autonome Schwulenreferat hat dich lieb

Wie du bist, wie du dich definierst, wen du liebst, mit wem du im gegenseitigen Einvernehmen schlafst: Das alles sind Dinge, die nur dich und deine Partner*innen betreffen und deshalb kann diese Dinge auch niemand beurteilen, niemand sollte sich deswegen rechtfertigen müssen oder von anderen verbal oder gewalttätig angegriffen werden.

Auch deshalb steht das Autonome Schwulenreferat allen Menschen offen, ungeachtet von Geschlechtsidentität, sexueller Identität und sexueller Präferenz der betreffenden Personen, die frei in ihren Entfaltungsmöglichkeiten leben wollen, für das grundsätzliche Recht auf Selbstbestimmung aller Menschen eintreten wollen oder sich einfach im Schwulenreferat wohlfühlen und/oder über schwule, queere oder andere alltäglichen Themen reden wollen.

Das Schwulenreferat hat für dich, deine Gedanken und deine Ideen während der Vorlesungszeit mittwochs von 18-20 Uhr geöffnet.

Anmerkungen:

- (1) Pansexualität: Dies bezeichnet Menschen, die keinerlei Vorauswahl ihrer Partner*innen nach Geschlecht treffen und im Gegensatz zur Bisexualität nicht davon ausgehen, dass es (nur zwei) Geschlechter gibt.
- (2) GirlFags: Frauen, die sich sehr zu schwulen Männern hingezogen fühlen, sich oft als schwul definieren, jedoch nicht als Mann.
- (3) MSM: „Männer, die Sex mit Männern haben“ sind Männer, die sich als heterosexuell definieren, regelmäßig mit Männern Sex haben, jedoch häufig in heterosexuellen Partnerschaften leben.
- (4) Cross-Dressing: Das Tragen von „gegengeschlechtlicher“ Kleidung.
- (5) Beispielsweise ist in Österreich eine „Verpartnerung“ seit 2010 möglich, jedoch dürfen homosexuelle Partner*innen keinen „Familiennamen“ tragen, sondern nur die neu eingeführten Namenskategorie „Nachname“.

Veranstaltungen

Veranstaltungen des queer - feministischen Frauenreferats und des Schwulenreferats

23.10.2010 – „Schwule-Mädchen-Party“ im AK44

Die legendärste, queerste Party in Gießen. Veranstaltet wird sie vom Schwulenreferat, dem queer-feministischen Frauenreferat, der AIDS-Hilfe, lila Kabel, u.a.

31.10.2010 – „Halloween-Party“ im Gartenhaus

„Im Gedenken“ an die unglaublich wundervolle Halloween-Party im Rahmen der 100-Jahre-Frauenstudiums-Festwoche 2008 möchten das queer-feministische Frauenreferat und das Schwulenreferat mit euch eine kleine, aber feine Feier im Gartenhaus machen.

10.11.2010 - Filmabend im Gartenhaus

Film- und Diskussionsabend zu Intersexualität

10.12.2010 - Trans* (-sexualität/-identität/-gender) von 1990-2009. im Gartenhaus

Trans* (-sexualität/-identität/-gender) von 1990-2009. Ein Kampf um Konzepte und darüber, wer sie definiert.

Vortrag von Jonas Jules Priese

Vorher: Trans*Stammtisch im Gartenhaus

15.12.2010 - Filmabend ab 19 Uhr im Gartenhaus

Film- und Diskussionsabend zu Polyamorie

Gentechnik-Veranstaltungsreihe die Zweite

Ein Beitrag von Adam Czapelka und Sebastian Weidner

Die Wissenschaft wird immer spezieller, die einzelnen Fächer werden immer stärker voneinander abgegrenzt, die Forschungsergebnisse immer weniger hinterfragt ebenso wie die als unvermeidlich dargestellte Eintreibung von Drittmitteln und die Abhängigkeit der Forschung von der Wirtschaft, die daraus entsteht. Mit einer interdisziplinären Veranstaltungsreihe zum Thema Gentechnik in der Landwirtschaft, die Prof. Krawinkel (Fachbereich Ernährungswissenschaften) im Wintersemester 2010/11 in Zusammenarbeit mit uns, dem Ökoreferat des Gießener AStA, fortführt, wollen wir dem etwas entgegensetzen.

Schon im Sommersemester fanden drei Abendveranstaltungen unter dem Motto „Wissenschaft in der Kritik - Beispiel Agrotechnik“ statt: Dr. Steffi Ober referierte über die „Finanzierung und Bestimmung von Forschungsinhalten“, Dr. Christoph Then zur „Technikfolgenabschätzung für die Agro-Gentechnik“, und in dem Film „Gekaufte Wahrheit – Wissenschaft im Magnetfeld des Geldes“ zeigte Bertram Verhaag, mit welchen Folgen kritische oder unabhängige Wissenschaftler rechnen müssen, wenn sie für die Wirtschaft unbequeme Fakten auf den Tisch legen.

Im Wintersemester 2010/11 wird Hans R. Herren als Mitverfasser des Weltagrarberichts an einem der insgesamt vorraussichtlich sechs Abendtermine über das Problem des Welthungers und

die fragwürdige Rolle der Gentechnik bei seiner Bekämpfung sprechen. In einem anderen Vortrag soll die juristische Dimension der Gentechnik beleuchtet werden. Im Gespräch sind außerdem ein Abend über die Gefährdung der Umwelt durch die Gentechnologie und den Ökolandbau als gangbare Alternative, ein Termin zu Epigenetik sowie ein weiterer zu den gesundheitlichen Risiken der Agrotechnik. Da die Reihe zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch in Planung ist, stehen die genauen Themen und Referenten leider noch nicht fest. Ihr könnt sie aber in Kürze im Univeranstaltungskalender und auf Plakaten und Flyern nachlesen.

Wissenschaftskritik am Thema Gentechnik hochzuziehen lag an der Uni Gießen einigermaßen nahe, denn hier befindet sich neben der Uni Rostock und der RWTH Aachen eines der zentralen Forschungsinstitute der Agrotechnik in Deutschland. Als Mitglieder des AStAs im allgemeinen und des Ökoreferats im Besonderen ist es uns wichtig, an unserer Uni eine Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie frei Wissenschaft in unserer Gesellschaft tatsächlich noch oder eben nicht mehr ist. Auch liegt es uns am Herzen, uns näher mit den verschiedenen Aspekten und den Risiken der Gentechnologie in der Landwirtschaft zu beschäftigen, um nicht mehr aus dem hohlen Bauch heraus, sondern auf der Grundlage wissenschaftlich untermauerter Kenntnisse argumentieren zu können.

Alle Studierenden und Professoren, die sich für das Thema interessieren, sind eingeladen, den Vorträgen zu lauschen und im Anschluss daran mit uns zu diskutieren.

Studie soll klären wo behindert wird

Ein Beitrag von Alexander Busam

Marko* studiert Philosophie. Er versucht mit seinem Studium klarzukommen. Einfach ist das nicht immer. Marko hat eine psychische Erkrankung. Er ist chronisch krank. Der Student hat keine Probleme mit den Inhalten seines Faches. Wenn er die Bücher, Skripte und Präsentationen liest, versteht er sie auf Anhieb. Probleme hat er mit großen Menschenmassen, wenn er in einer kurzen Zeit unter Stress eine Arbeit schreiben muss oder wenn er gerade einen Schub hat. Dann ist er oft im Krankenhaus, kann sich nicht mehr abmelden, fliegt durch die Klausur und hat keine Chance, Bescheid zu sagen, ob beim Dozenten oder dem Prüfungsamt.

Marko ist nicht alleine mit dieser Situation an der Uni Gießen. 5 % der Studierenden sind stark beeinträchtigt, sagen die aktuell vorliegenden Zahlen der Studierendenbefragung. 5 Prozent, das sind am Fachbereich 03, dem größten an der Uni Gießen, 150 Studierende. An der Uni insgesamt sind 1200 Studierende stark beeinträchtigt. 19 Prozent gaben bei der Befragung an, nur leicht oder schwach beeinträchtigt zu werden. Zusammengefasst sind es dann fast ein Viertel aller Studierende, die durch eine Behinderung oder chronische Erkrankung Einschränkungen hinnehmen müssen.

Die meisten Menschen sehen „Behinderung“ dann, wenn sie offensichtlich daherkommen. Sei es der Mensch im Rollstuhl, der Mann mit Blindenstock oder die Frau, die sich mit Gebärdensprache verständigt. Bei vielen Menschen sieht man aber deren Behinderung nicht an. Wenn ein Studierender eine chronische Darmerkrankung hat, neurologische Probleme vorhanden sind oder Diabetes Einschränkungen bedeutet, sieht es die Umwelt meist nicht. Dennoch bedeutet dies Einschränkungen, Belastungen und manchmal auch persönliches Leid. Aber viel wichtiger für die Betroffenen ist aber, dass sie trotz der Belastungen Teil der Gesellschaft sein wollen, wie auch Marko, der sein Studium liebt. Er verzichtet auf Freizeit, auf gute Noten oder ein „schnelles“ Studium. Er hat selbst keine Probleme, länger zu studieren, auf eine andere Art und Weise seine Qualifikation nachzuweisen, jenseits des Masseninstruments Klausur.

Sehr viele Betroffene kamen in den vergangenen Jahren zum Behindertenreferat oder zum Arbeitskreis Disability Studies. Manche wussten gar nicht, dass sie ein Recht auf Nachteilsausgleich haben. Eben jenes Recht, was abgeleitet ist vom Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Dieser Ausgleich soll den Nachteil, welcher der Studierender im Studium aufgrund der Situation und seiner Behinderung hat, aufheben und einen diskriminierungsfreien Zugang zur Hochschulbildung gewährleisten. Mancher Dozent hat auch noch nichts vom Nachteilsausgleich gehört. Manche kommen aber noch nicht einmal in die Situation, um einen Nachteilsausgleich zu fragen. Sehr selten sieht man Rollstuhlfahrer im Haus E des Philosophikums II, dort wo es um Politik und Soziologie geht. Das Haus verfügt über keinen Aufzug. Die Türen haben keinen automatischen Türöffner.

Versucht der Sehgeschädigte zum Beispiel vom Philosophikum I in die Nachbarschaft zu den Gesellschaftswissenschaften zu kommen, findet er kein Blindenleitsystem vor. Eine strukturell angebotene Umsetzung von Literatur in Blindenschrift ist nicht vorgesehen. Bis jetzt gibt es auch kaum Hilfsmittel jenseits der

betroffenen Blinden oder Sehgeschädigten, etwa für andere Körperbehinderte.

Das Studentenwerk Gießen bietet aktuell zwei barrierefreie Wohnheimplätze mit Assistenzzimmer an. Insgesamt sind es über 2000. Damit gibt es eine Quote von 0,2 % barrierefreien, öffentlich-finanzierten Wohnraum durch das Studentenwerk. Deren Geschäftsführer ist übrigens im Vorstand des Deutschen Studentenwerks. Dieser Dachverband hat sehr viele gute Empfehlungen für die Praxis herausgegeben, was Hochschulen vor Ort aber natürlich auch einzelne Studentenwerke im Bereich Studium mit Behinderung alles so tun könnten.

Dann bleibt noch die Frage, ob Marko auch einen Masterplatz bekommt. Einen Ausgleich dafür, dass er keinerlei alternative Prüfungsform angeboten bekommen hat, ist bisher nicht vorgesehen. Immer wieder muss er schlechte Zensuren hinnehmen, er könnte wahrscheinlich viel bessere Noten bekommen. Aber eine „Sonderbehandlung“ ist nicht vorgesehen. Eine andere Studierende versucht seit drei Jahren mit Altertums- und Kunstgeschichte klarzukommen. Immer wieder wird sie aus Seminaren rausgeworfen, weil sie fehlt. Aber nicht weil sie faul ist oder keine Lust hat. Wenn sie dreimal fehlt, ist sie draußen erzählt sie. Vollkommen egal wieviele ärztliche Atteste sie vorlegt. Die DozentInnen erklären dann, dass sie nicht mehr im Seminar bleiben kann. Ist das schon Diskriminierung?

Zumindest hat sich die Studienzzeit dieser einen Studentin nahezu verdoppelt. Jetzt hat sie Probleme mit dem Bafög-Amt. Dort kannte man die Situation der Studenten, wollte oder konnte nicht auf die Regelung eingehen, dass es auch die Möglichkeit gibt, über die Förderungshöchstdauer hinaus zu fördern. Wann beginnt Diskriminierung? Beim Bafög, bei der Klausur, den Treppen, der Mensa ohne Aufzug, den Bussen ohne adäquaten Zugang für Rollstuhlfahrer, der abgeschlossenen Behindertentoilette, den fehlenden Wohnheimplätzen, oder der fehlenden Information von DozentInnen? Oder ist es eine Frage von Einstellungen und Meinungen, von gesellschaftlichem Klima, bei dem Menschen mit Behinderung spüren, dass sie nicht erwünscht sind?

Diese Frage soll eine Studie beantworten. Diese Studie soll in den nächsten zwei Jahren die Lage der Studierenden mit Behinderung und chronischer Erkrankung unter die Lupe nehmen. Wie sie leben, wie sie wohnen, studieren, essen, wie sie ihre Freizeit verbringen, welche Probleme sie haben im Studium, im Seminar, in der Vorlesung oder mit welchen Einrichtungen, Behörde oder bei welchem Amt sie auf Barrieren stoßen, soll herausgefunden werden. Die Studie wird mit rund 50.000 Euro aus einem Sonderbudget der Uni Gießen gefördert. QSL ist dafür die Kurzform, ausgeschrieben heißt das Budget zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Der Arbeitskreis Disability Studies stellte den Antrag, er wurde von einer Kommission genehmigt. Aktuell laufen noch die Vorbereitungen zur Studie, ab Januar soll dann die sozialwissenschaftliche Lupe ausgepackt werden und die Betroffenen befragt werden. Ziel der Studie soll es sein, die Situation der Betroffenen zu verbessern, Vorschläge für Gremien, Einrichtungen, Prüfungsordnungen oder die Informationspolitik im Allgemeinen zu machen.

* Name von der Redaktion geändert

Blick über den Tellerrand

Sacred Land, Poisoned People

Über die Folgen des Atomstroms am Beispiel Australiens

Ein Beitrag von Lea Gleixner

Während Angela Merkel und die schwarz-gelbe Koalition in Berlin versuchen, eine Verlängerung der Atomkraftwerklaufzeiten durchzusetzen, tagte vom 25. bis 30. August in Basel der 19. Weltkongress der IPPNW, der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, unter dem Motto „nuclear abolition - for a future“ (dt.: Nukleare Abrüstung - für eine Zukunft). Die Vorkonferenz dieses Kongresses trug den Namen „Sacred Land, Poisoned People“ und hat damit nicht nur den Ursprung von Atomwaffen, sondern auch den der Atomenergie im Fokus: den Uranabbau. Sprecher bedrohter indigener Völker und Gegner der Kernenergie kamen bei der Konferenz zusammen, um dort ihre Stimme an die Öffentlichkeit zu richten und sich mit Politikern, NGOs und anderen Vertretern zu vernetzen. Vertreter aus aller Welt waren anwesend — aus Deutschland, Kanada, USA, Niger, Mali, Namibia, Russland, Indien und Australien, unter denen sich auch eine Angehörige des Aborigine-Stammes der Kupa Piita Kungka Tjuta aus Südaustralien und Repräsentanten des Mirrar-Stammes aus dem Kakadu Nationalpark in Nordaustralien befanden. Diese nutzen die Vorkonferenz, um über die Situation des Uranabbaus in Australien zu berichten.

Australien auf Platz drei beim Uranexport

Australien weckt gewöhnlich eine Menge Assoziationen, die mit Kängurus, Backpacking, Wüste oder Wein verbunden sind, kaum aber mit dem Ursprung so manchen Atomstroms auf der Welt, dem Uranabbau. Australien ist nach einer Quelle der IAEA (International Atomic Energy Agency) das Land mit den höchsten bekannten Uranvorkommen der Erde, gefolgt von Kasachstan, Russland, Südafrika, Kanada, USA, Brasilien, Namibia, Niger und anderen. Nach Kasachstan und Kanada steht Australien mit 10.000t Uranoxid pro Jahr an dritter Stelle des weltwei-

ten Uranexports. Da sich auf australischem Boden selbst keine Kernkraftwerke befinden, wird das hochradioaktive Uranoxid an Länder wie Deutschland, Japan, USA, Frankreich, Großbritannien, Schweden und andere verkauft, wo es nach weiterer Anreicherung in den Brennstäben der Atomkraftwerke verwendet wird. Wirklich reich kann vom Uranabbau in Australien höchstens eine geringe Anzahl von Menschen werden — Uranoxid trägt zu Australiens Exporteinnahmen nur 0,32 % bei, gerade mal einem Fünftel des Weinexports. Umso größer sind jedoch die Schäden, die dafür im Land angerichtet werden. Land, das keineswegs unbewohnt, sondern seit Jahrtausenden Lebensraum der Aborigines ist.

Drei Uranminen derzeit in Betrieb

Auf dem Kontinent befinden sich derzeit fünf stillgelegte Minen, zehn Hauptlagerstätten von Uran und drei betriebene Minen, die sich zu 70% auf indigenem Boden befinden. Die Olympic Dam und Beverly Mine befinden sich in Südaustralien, während die Ranger Mine im Norden des Landes liegt. Letztere ist umgeben vom Kakadu Nationalpark bei Darwin, der zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Da sich die Mine zu 100% auf indigenem Land befindet, wurde den Aborigines 50% des Gewinns aus der Produktion versprochen. Ein folgenschwerer Fehler passierte hier im Jahr 1988: Nachdem etwa 450.000 t radioaktives Gestein falsch gelagert worden waren, erkrankten fast die Hälfte der Minenarbeiter an Lungenkrebs und es gab zahlreiche Miss- und Fehlgeburten unter der dort lebenden indigenen Bevölkerung.

Der Bau der Beverly Mine in Südaustralien wurde 1982 noch von der südaustralischen Regierung verboten, 1999 dann doch genehmigt. Das Land, auf dem sich diese Mine befindet, gehört ursprünglich vier Aborigine-Stämmen, mit welchen daher ein Abkommen geschlossen wurde, das besagt, dass diese genau 2% des jährlichen Erlöses der Mine erhalten sollen. Nach offiziellen Angaben ist die Mine nicht mit dem Grundwasserreservoir oder dem Großen Artesischen Becken verbunden, was von Umweltschützern allerdings heftig bestritten und angezweifelt wird.

Die Olympic Dam Mine befindet sich bei Roxby Downs, einer Kleinstadt mit 4000 Einwohnern, die 1987 ausschließlich für Minenarbeiter und ihre Familien errichtet wurde. Der Bergbaufirma BHP Billiton wird es durch einen Erlass, dem „Roxby Downs Identure Ratification Act 1982“, ermöglicht, auf legale Weise mehrere Gesetze zu umgehen, u.a. den „Aboriginal Heritage Act 1988“, den „Environmental Protection Act 1993“ und den „Water/Natural Resources Act 1997/2004“, deren Aufgabe es ist, die indigene Bevölkerung, die Umwelt und insbesondere die Wasservorkommen Australiens zu schützen. Mithilfe dieser Gesetzesumgehung kann die Mine jeden Tag die zur Urangewinnung benötigte riesige Menge von 35 Millionen Liter Wasser aus dem Großen Artesischen Becken beziehen. Das Große Artesische Becken ist ein uraltes, fossiles, unterirdisches Wasserreservoir, welches tief unter dem Zentrum des australischen Kontinents liegt und sich bis in den Norden Queenslands erstreckt. Die Endlichkeit fossiler Reserven ist unbestritten und in einem Land, in dem im Sommer mitunter das Bewässern von Vorgärten verboten ist und in dem die Bewohner zu 5-Minuten-Duschen ermahnt werden, bleibt es fraglich, mit welchem Recht sich die Minengesellschaft BHP Billiton, welche Olympic Dam betreibt, dieser fossilen Was-



Quelle: <http://www.australienuranium.com.au>

Blick über den Tellerrand

servorräten bedienen kann.

Kontamination von Boden, Luft und Wasser

Abgesehen von der Tatsache, dass große Bergbauunternehmen in Australien den Uranabbau größtenteils auf indigenem Land betreiben und die Aborigines dafür kaum entschädigen, richten sie außerdem Schäden an der Umwelt an, die irreparabel sind. Das hat große Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensweise der indigenen Bevölkerung: Aborigines leben nicht nur auf, sondern auch von und mit ihrem Land. Sie essen das, was sie selbst züchten, jagen oder sammeln können. Besonders abhängig sind Aborigines von natürlichen Wasservorkommen und Pflanzen, wie z.B. der „Bushtucker“. Der Uranabbau gefährdet die Umwelt in den jeweiligen Regionen Australiens jedoch aufs Äußerste. Der Gesteinsabfall der Uranminen, wird zu Abraumhalden aufgeschüttet, die noch 80% der ursprünglichen radioaktiven Strahlung des Gesteins enthalten. Radioaktive Materialien, die zuvor sicher unter der Erde im Gestein lagerten, werden durch den Bergbau aufgebrochen und zu Tage befördert. So kommen diese Materialien in Verbindung mit Chemikalien, die beim Uranabbau verwendet werden, in Kontakt mit der Biosphäre und sie verseuchen die Luft, den Boden und das Wasser. Die Qualität sowohl von Oberflächengewässern, wie Bächen und Flüssen, als auch von unterirdischen Wasserreserven wird weitreichend beeinflusst. Das Edelgas Radon, welches als ein Spaltprodukt von Uran in den Minen vorhanden ist, wird als Ursache für Lungenkrebs und weitere Folgekrankheiten des Uranbergbaus wie Leukämie, Magen-, Leber-, Darm- und Hautkrebs angesehen. Die radioaktive Strahlung in umliegenden Dörfern und Städten nahe von Minen ist meist noch so hoch, dass dort vermehrt Fälle von Geburtsfehlern, Kindersterblichkeit, chronischen Lungen-, Haut-, Augenkrankheiten, sowie Unfruchtbarkeit auftreten.



Tatbestand der Menschenrechtsverletzung

Claus Biegert, Mitveranstalter der Vorkonferenz „Sacred Land, Poisoned People“ in Basel sieht die Auswirkungen des weltweiten Uranabbaus als Tatbestand der Menschenrechtsverletzung an. Biegert zufolge unterschlagen nicht nur die Verantwortlichen diese Tatsache, sondern auch die Medien vernachlässigten die Thematik. Es bleibt zu hoffen, dass das Zusammentreffen internationaler Abgesandter in Basel das Medieninteresse geweckt hat und langfristige Nachwirkungen mit sich bringt. Denn der derzeitige Streit um die Zukunft der Atomenergie spielt sich in Wirklichkeit nicht allein in Deutschland ab, sondern betrifft Völker auf der ganzen Welt, die mit den Folgen des Uranabbaus zu kämpfen haben. Das ist eine Tatsache, an der keine Atomlobby rütteln und die keine Gegenstudie entkräften kann.

Mehr Informationen zum Uranabbau in Australien: www.nukingtheclimate.com

Containern ak. Dumpster Diving

Ein Beitrag von Janina Grunwald

Täglich werden deutschlandweit unzählige Tonnen an nicht mehr „verkäuflichen“ Lebensmitteln weggeschmissen, weil Gemüse und Obst Macken haben, das Haltbarkeitsdatum abgelaufen ist oder einfach nur das Etikett falsch aufgedruckt wurde. Um diesem Wegwerfen entgegenzuwirken und aufzuzeigen, dass man in unserer Gesellschaft auch kostenlos an Lebensmittel kommen kann, durchsuchen AktivistInnen meist nachts regelmäßig Mülltonnen nach noch verwertbaren Lebensmitteln. Oftmals schließen sie sich zu Food Corps zusammen, um containerte Lebensmittel untereinander zu tauschen bzw. aus dem Containern selbstgemachte Produkte wie Brotaufstriche oder selbstgebackenes Brot zu machen. So entsteht ein ganzes Netzwerk, das Menschen die Möglichkeit bietet sich vielfältig und kostenlos zu ernähren. Diese Art an Nahrungsmittel zu bekommen wird auch häufig für Voküs (Volxküchen) verwendet und auch bei Streiks von Studierenden. So wurden auch während der Unibesetzungen bzw. Campus Camps in Giessen in den letzten Jahren auch immer mal wieder containert. Im Gegensatz zu den USA und Dänemark ist Containern in Deutschland illegal (eine

verurteilte Person ist jedoch nicht bekannt), denn der „Müll“ bleibt bis zu dessen Abholung Eigentum des ursprünglichen Besitzers, obwohl dieser, die weggeworfenen Dinge niemals wieder nutzen wird. Großkonzerne wie Rewe und Co spenden zwar viele Lebensmittel, die sie eigentlich wegschmeißen würden, an die Tafel, jedoch noch lang nicht alles. Viele noch verwertbare Produkte werden weggeschmissen, während Menschen in der Dritten Welt verhungern. Auf diese Perversität soll unter anderem auch mit dem Containern aufmerksam gemacht werden und die Gesellschaft wach gerüttelt werden. Des Weiteren zeichnet sich ab, dass alles, was nicht den gesellschaftlichen Kriterien von Schönheit entspricht, gnadenlos weggeschmissen wird, denn diese Produkte finden keinen Anklang mehr. Zudem soll aufgezeigt werden, dass ein Leben auch abseits von Massenkonsum und gesellschaftlich verordneten Zwängen möglich ist. Denn unser Leben sollte sich nicht von Geld und den damit verbundenen Konsum bestimmen lassen, sondern möglichst selbstbestimmt und fern ab von gesellschaftlichen Zwängen.

Mehr Infos findet ihr unter anderem unter:

http://www.autoorganisation.org/mediawiki/index.php/Anders_Leben/Essen/M%C3%A4rkte

Initiativen/Projekte

Studentische Projekte an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Ein Beitrag von Karoline Klamp-Gretschel

Im Rahmen des Teilprojektes „Studentische Projekte“ des Arbeitskreis Disability Studies entstand eine Sammlung studentischer Projekte, Initiativen, Vereine, Verbände, etc. an der JLU. Diese Auflistung ist nun online und für alle Interessierten zugänglich. Zu finden ist sie unter:

<http://www.uni-giessen.de/cms/org/ssv/sip>

Das Ziel dieses Teilprojektes war und ist die Sichtbarmachung von studentischem Engagement an der JLU sowie das Aufzeigen von Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe. Junge Menschen bringen eigene Interessen und Erwartungen mit und gerade während des Hochschulstudiums entwickelt sich vielerorts ein Bewusstsein für Missstände und Defizite, die durch die Beteiligung an einem Projekt, einem Verein, einer Initiative o.ä. aufgezeigt und evtl. sogar beseitigt werden können. Um Veränderungen an der JLU und vor allem auch in der Gesellschaft zu erzielen, bedarf es des Einsatzes vieler interessierter und engagierter Personen, deren Zusammenschluss auch die Bündelung

ihrer Energien und Idee bedeutet. Um den Studierenden der JLU jene unterschiedlichen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung an Entscheidungsprozessen bzw. der Verwirklichung von eigenen Ideen und Entwürfen zu bieten, ist es wichtig eine Übersicht über möglichst viele studentische Projekte (abgeschlossene oder aktuelle) zu geben. Auf diesem Wege können sie sich eigene Betätigungsfelder erschließen, sich bestehenden Projekten anschließen oder schlichtweg einen Überblick über studentisches Engagement an der JLU erhalten.

Aufgenommen in diese Sammlung wurde viele, oft grundlegend verschiedene Projekte, dabei spiegelt diese Sammlung nicht persönliche Interessen wider oder soll als Empfehlung verstanden werden, sondern eine möglichst umfassende Darstellung des studentischen Engagements bieten.

Um diesem Wunsch gerecht zu werden, könnt ihr eure/können Sie Ihre noch nicht gelisteten Projekte gerne melden, damit sie zusätzlich aufgenommen werden können, auch Ergänzungen und Aktualisierungen zu vorliegenden Projektvorstellungen sind erwünscht.

Falls ihr/Sie nicht möchten, dass euer/Ihr Projekt weiterhin in der Sammlung genannt wird, dann wendet/wenden euch/Sie sich ebenfalls an die Redakteurin.

(Kontakt unter: Klamp-Gretschel@disability-giessen.de)



Ein Beitrag von Kai Dietzel

Die AG Lateinamerika21 ist eine bunt zusammengewürfelte Gruppe von Menschen, die sich für die politische Entwicklung der Länder Lateinamerikas interessieren. Auch Studierende von Uni und FH beteiligen sich in der Gruppe, aber bei weitem nicht nur. Viele von uns sind noch in anderen Gruppen aktiv, wie der Genossenschaft „Für Solidarität und freie Bildung e. G.“ oder der Grupo Latino Gießen e. V.

Unser Ziel ist es, die Länder Lateinamerikas vor allem im Bezug auf linke, politische Bewegungen hin zu beobachten und darüber zu informieren. Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe „Lateinamerika im 21. Jahrhundert“ bieten wir deshalb einmal im Monat einen Expertenvortrag mit anschließender Diskussion zu einem Land an. Oft werden die Vorträge musikalisch, kulinarisch und künstlerisch begleitet. Die Veranstaltungsreihe startete im Wintersemester 2009/2010 und soll, nach einer Pause im Sommersemester, nun fortgeführt werden.

Einige von uns kommen selbst aus Lateinamerika, andere sind durch Reisen oder Freundschaften mit dieser Region verbunden. Interessierte, die uns bei unserer Arbeit unterstützen wollen, sind gern gesehen. Wir treffen uns normalerweise donnerstags um

18.30 Uhr im Café Amélie. (Während der vorlesungsfreien Zeit alle zwei Wochen.)

Im Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010 haben wir folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 15 Jahre zapatistischer Aufstand in Chiapas
- Demokratie oder Diktatur in Honduras
- 30 Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua
- 50 + 1 Jahre Kubanische Revolution
- ALBA und die Bolivarische Revolution
- Geopolitische Auswirkungen der US-Militärstrategie in Kolumbien
- Geburtstag von Ernesto Che Guevara – Solidarität mit dem sozialistischen Kuba
- Lesung von Helge Buttke: „Utopische Realpolitik – Die Neue Linke in Lateinamerika“

Interesse?! So kannst du uns erreichen:

Homepage: www.lateinamerika21.de.vu

E-Mail: lateinamerika21@web.de

Initiativen/Projekte

Globale Mittelhessen - 28.10.-07.11.2010

Global denken, lokal handeln

Ein Beitrag von Simone Ott, Globale-Team Wetzlar

Nun schon im zweiten Jahr gibt es das globalisierungskritische Dokumentarfilm-Festival in Marburg, Gießen, Wetzlar und Gladenbach. Lokale Initiativen (ca. 50 % Studierende) peilen eine globale Perspektive an, nach dem nicht mehr ganz frischen, aber immer noch gültigen Motto: Global denken, lokal handeln. Denn die Auswirkungen der Globalisierung sind fühlbarer denn je, und XXL-Maßnahmen der Politik, wie die G8- bis G20-Gipfel scheinen keine wirksamen Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Große Vielfalt filmischer Ansätze

Unter diesem Gesichtspunkt wurden ein Jahr lang globalisierungskritische Dokus ausgewählt, um Ende Oktober zehn Tage lang zu informieren und zum Handeln anzuregen. Herausgekommen ist eine große Vielfalt filmischer Ansätze: Von aufrüttelnd bis witzig ist alles dabei, von elenden Arbeitsbedingungen bei der Handy-Herstellung in China bis zu entschlossenen Arbeiteraufständen in Italien, von historisch und philosophisch interessanten Einzelbiographien bis hin zu ermutigenden Graswurzelprojekten, vom anklagenden „Warum-habt-ihr-nichts-gebet?“ bis hin zu urkomischen Veräppelungen der Politik. Die globalisierte Marktwirtschaft ist das übergreifende Thema, und die Auswirkungen, die die zunehmende Kommerzialisierung und Privatisierung auf unsere alltäglichen Lebensbereiche hat.

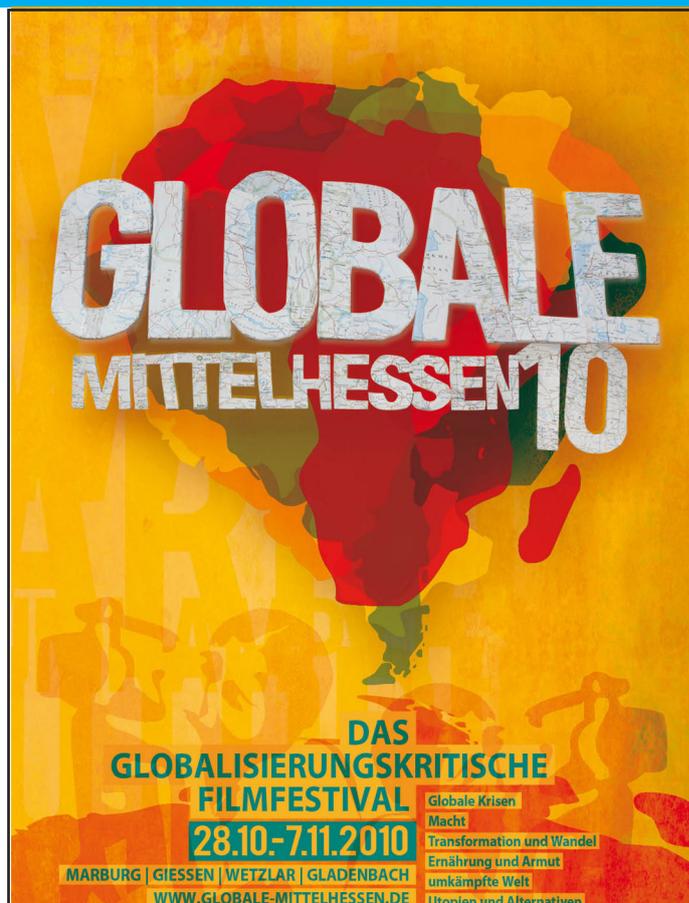
Forum für eine bessere Welt

Auch im wissenschaftlichen Bereich lassen sich alarmierende Tendenzen vermehren: Um industriellen Einfluss auf unabhängige Wissenschaft geht es in „Gekaufte Wahrheit“ am Beispiel der Agro-Biotechnologie. Was der Handyboom der Industrieländer an Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern hervorruft, zeigt „Gnadenlos billig“. Und „In Transition 1.0“ erklärt uns, was jedeR von uns tun kann, um von einer Öl-abhängigen Gesellschaft hin zur Nachhaltigkeit zu kommen.

Alle Filme sind meist in mehreren Städten zu sehen. Dabei ist es uns wichtig, nicht bei der oft deprimierenden oder manchmal sogar niederschmetternden Realität stehenzubleiben. Die anschließenden Diskussionen sollen nicht nur Fragen klären, sondern auch ein Forum bieten für Aktionsvorschläge und Ideen für eine andere Welt. Ergänzt wird das umfassende Filmprogramm durch ein buntes Programm an Vorträgen, Kunst und Theater.

Auftakt des Festivals ist am 28.10.2010 in Marburg

Dort sind neben dem Film „The Yesmen fix the world“ im „Rotkehlchen“ Werke des Wetzlarer Künstlers Christian Minke der Galería Autónoma zu sehen. Um 20 Uhr beginnt ein Global-Soundclash á la carte mit der französischen Band LES YEUX D'LA TÊTE: Sinti-Swing, französische Chanson, poetischer Punk oder Jazz sind im Programm. Und wer dann noch nicht genug hat, kann danach mit den DJs der Fiesta Zapatista mit ihrem



Punkyradicalmestizosalsamuffinbalkan-Trip die restliche Nacht durchtanzen. Damit ist natürlich noch längst nicht alles genannt, was während der Globale-Tage zu sehen und hören sein wird.

Das komplette Programm findet ihr unter:
www.globale-mittelhessen.de

Wenn ihr gerne bei der Durchführung des Festivals mithelfen wollt, wendet euch an info@motives-verein.de

OrganisatorInnen sind Motivés e.V., die attac-Gruppen und Weltläden der genannten Orte, Arbeitsloseninitiative (ALI) Gießen, d.i.s.s.i.d.e.n.t. Marburg, die Evangelische Studierendengemeinde Gießen (ESG), Lateinamerika 21 Gießen, Lateinamerikagruppe Marburg, Umsonstladen Gießen und engagierte Einzelpersonen.

Gefördert von eed, Stadt Marburg, AStA Marburg, Heinrich-Böll-Stiftung, ver.di, IGMetall und GEW Mittelhessen, Stiftung Umverteilen, EPN Hessen, Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung.

Initiativen/Projekte

Initiative für
NACHHALTIGKEIT
an der JLU Gießen

Ihr wollt euch einbringen und
an Entscheidungsprozessen
beteiligen? Dann macht mit bei
unseren Arbeitskreisen:

**Energie
Begrünung**

Kontakt: wohnen-oekologie@asta-giessen.de

**Bau
Mensa
Konsum**

Kontakt: oekologie@asta-giessen.de

**Wo ist meine Initiative?
Wo ist mein Thema?**

Fehlt dir was in dieser Zeitung? Dann ändere dies doch einfach mit der nächsten Ausgabe und werde selbst tätig! In der Zeitung der Studierendenschaft ist (fast) jeder Beitrag willkommen!

Infos bekommst du vom Referenten für Öffentlichkeit & Koordination Markus Gretschel unter der Emailadresse:
oeffentlichkeitsarbeit@asta-giessen.de
oder besuche doch einfach das AStA-Büro.

Der Infoladen Gießen und das AK44

Ein Beitrag des Infoladenplenums

Der Infoladen Gießen und das unabhängige selbstverwaltete Kulturzentrum AK44 verstehen sich als emanzipatorischen Gegenentwurf zur bestehenden bürgerlichen Vorstellung von Politik und dem allgegenwärtigen kapitalistischen Verwertungsprinzip. Infoladen und Kulturzentrum versuchen dabei einen Freiraum zu schaffen, in dem alternative Ideen sowie Lebensentwürfe entwickelt und auch erprobt werden können. Ansätze dafür sind regelmäßige ‚Volxxküchen‘, Konzerte, Vorträge, Kneipen, Informationsveranstaltungen und vieles mehr, die in einem unkommerziellen – also nicht an Verwertung und Gewinnerzielung orientiertem Rahmen – stattfinden. Dabei verstehen wir unter dieser Freiheit auch den Versuch weitestgehend frei von Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Zwang zu agieren.

Geschichte der Projekte

Die hierfür genutzten Räumlichkeiten im Alten Wetzlarer Weg 44 sind entstanden, nachdem das vorherige Zentrum in der

Südanlage 20 nach genau 20 Jahren verlassen werden musste. Die Südanlage 20 wurde 1981 besetzt und hatte sich in den folgenden Jahren zu einem der wichtigsten Treffpunkte für linke Politik und selbstverwaltete Kultur in Mittelhessen entwickelt. Nachdem im Jahr 1989 Verträge abgeschlossen werden mussten, wurden diese 1999 gekündigt, um Platz für unbezahlbaren ‚innenstadtverträglichen‘ Nutzraum zu schaffen. Nach gut zweijährigem Kampf, zwei großen Demonstrationen und zahlreichen Aktionen und Unterschriftensammlungen, konnte ein Hauskauf durch eine Gesellschaft mit sozialem Anspruch (GsW – Gesellschaft für soziales Wohnen) erreicht werden. Unter der Mithilfe vieler Unterstützer_innen wurde die Renovierung und der Umzug in den Alten Wetzlarer Weg 44 realisiert, in dem ein neues Zentrum mit Infoladen, AK44 und Wohnprojekt entstand.

Der Infoladen

Der heutige Infoladen steht in der Tradition vieler bundesweit bestehender Infoläden, die Anfang der 80er als Gegenbewegung zum politischen Einheitsbrei der großen Medien entstanden sind. Wie auch in anderen Städten soll er die Möglichkeit schaffen politische Diskussionen zu führen und Informationen – ab der herkömmlichen Medienlandschaft – anzubieten. Dazu ge-

Initiativen/Projekte

hört auch der Verkauf von Büchern, Broschüren und Zeitschriften von kleinen linken Verlagen. Entsprechend bietet der Gießener Infoladen ein beständiges Angebot an ausgewählter linker Literatur wie beispielsweise der ‚Phase2‘ und dem ‚Rechten Rand‘ die zum Erwerb sowie als Leseexemplar ausliegen. Außerdem existiert ein umfangreiches und auf Absprache einsehbares Archiv zu regionaler und überregionaler linker Bewegung. Darüber hinaus bietet der Infoladen die Chance an Treffen wie beispielsweise dem Antifa-Café oder an den Gruppentreffen des Chaos-Computer-Clubs teil zu nehmen oder die Räumlichkeiten für eigene Treffen von parteiunabhängigen Gruppen zu nutzen.

Das AK44

Das dazugehörige AK44 stellt die Räumlichkeiten für den kulturellen Teil des selbstverwalteten Zentrums dar. Dort finden regelmäßig unkommerzielle Partys (Reggae, Drum'n Bass, uvm.) und Konzerte (Punk, Hardcore, uvm.) statt. Die Nutzung des AK44 steht dabei grundsätzlich allen offen, die den Grund-

konsens in der Ablehnung von Sexismus, Rassismus, jeglichem Zwang und kapitalistischer Verwertungslogik teilen und durchzusetzen versuchen.

Kennenlernen und Mitmachen!

Neben der Vielzahl von Veranstaltungen lädt vor allem die jeden Dienstag stattfindende Volksküche dazu ein, sich ein eigenes Bild zu machen. Wer an den Projekten und dem entstandenen Freiraum partizipieren möchte kann außerdem das offene Plenum aufsuchen, das jeden ersten, dritten und gegebenenfalls fünften Dienstag im Monat stattfindet.

Informationen zu regelmäßigen Terminen und aktuellen Veranstaltungen finden sich auf der Internetseite www.ak44.de.vu



Attac – das globalisierungskritische Netzwerk

Ein Beitrag von Katharina Ullrich

Attac ist ein globalisierungskritisches Netzwerk, unter dessen Namen sich Menschen unterschiedlichen Alters und Couleur versammeln, die sich mit der bestehenden Weltordnung unter dem Gesichtspunkt der Ungleichverteilung von Wohlstand und Lebenschancen nicht wohlfühlen.

Neben dem Demokratiedefizit der gegenwärtigen Welthandelsordnung wird eine gewisse Kapitalismuskritik im Allgemeinen geübt (insbesondere am neoliberalen Modell mit seinen Auswüchsen wie Hedgefonds und Kapitalblasen), an Lobbyismus, Atomkraft und sonstigen umwelt- und menschenverachtenden Handlungsweisen, die unter demokratischen und nachhaltigen Gesichtspunkten höchst fragwürdig erscheinen. Das Themenspektrum reicht also von entwicklungspolitischen Fragen über Umweltthemen bis hin zu Rassismus/Fremdenfeindlichkeit und Genderfragen, denn all das lässt sich auf Demokratiedefizite und systemisch bedingte Ungerechtigkeiten zurückführen.

Attac versteht sich aber nicht nur als Diskussionsplattform für derartige Themen, sondern als Knoten- und Orientierungspunkt für zivilgesellschaftliches Engagement – sprich kreative Aktionen, zivilen Ungehorsam, Demos, Vorträge etc. Dabei gilt der bekannte Grundsatz „think global – act local“, sodass die Ortsgruppen, die sich in vielen kleinen und großen Städten zusammengefunden haben, einen großen Teil der Dynamik der Bewegung ausmachen. Ein anderer Grundsatz lautet: „Wer macht, der macht“ – was bedeuten soll, dass innerhalb der Bewegung keine

legitimen Hierarchien existieren, sondern jede/r etwas organisieren, anstoßen und ins Rollen bringen kann, der möchte – bei entsprechender Zustimmung auf anderen Ebenen kann daraus dann dank guter Vernetzung und finanzieller Mittel sogar eine bundesweite Kampagne werden. Plattformen für bundesweite Vernetzung und Entscheidungsfindung sind beispielsweise der Ratschlag und die Sommerakademie, wo sich ein- bis zweimal jährlich AktivistInnen aus der ganzen Republik treffen. Das Ganze gibt es auch auf europäischer Ebene, und die Weltsozialforen, die meist parallel zu Gipfeltreffen wie etwa der G8 stattfinden, sollten in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden. Letztendlich geht es also um eine weltweite Demokratisierung von unten und um Alternativen zu einer Politik, die von wirtschaftlichen Privatinteressen bestimmt wird.

Auch in Bezug auf hochschulpolitische Belange ist eine globalisierungskritische Perspektive interessant – wer bestimmt zum Beispiel, was in unseren Lehrplänen steht? Ist es Bertelsmann, Aldi, Monsanto oder gar die Rüstungsindustrie? Welche Konzepte werden etwa in den Wirtschaftswissenschaften, den Naturwissenschaften oder in der Entwicklungspolitik gelehrt und welche Ideologien stehen dahinter? Kein Platz bei Attac ist dagegen für rechte oder national-konservative Haltungen.

Die Ortsgruppe Gießen trifft sich derzeit in drei verschiedenen AGs: Es gibt eine Gruppe, die zum Thema Bedingungsloses Grundeinkommen arbeitet, eine andere beteiligt sich an der Organisation des für November geplanten kritischen Filmfestivals globale und eine dritte arbeitet zum Thema Energie-Klima-Umwelt-Ernährung. Für Infos zu bereits stattgefundenen Aktionen und regelmäßigen

Treffen schaut einfach auf unserer Homepage: www.attac-netzwerk.de/giessen.

Wir freuen uns auf euch!

Katharina für Attac Gießen

Attac international:

Attac national: www.attac.de

Attac lokal: www.attac-netzwerk.de/giessen

Initiativen/Projekte



Ein „UNIversum“ für Studenten Online-Magazin der Fachjournalistik Geschichte bietet Hochschülern Informa- tions- und Publikationsplattform

Ein Beitrag von Eva Otto

An den meisten Hochschulen gibt es von Studenten geführte Zeitungen oder Zeitschriften. Ein großer Anteil erscheint im Printformat, doch immer mehr sind im Internet präsent, ganz dem Trend der Zeit entsprechend. Was viele noch nicht wissen: Auch die Justus-Liebig-Universität Gießen hat ein solches Medium – das „UNIversum“, welches seit bereits drei Jahren existiert. Lange genug, um das studentische Online-Magazin und seine Macher endlich einmal vorzustellen.

Das „UNIversum“ ist ein Projekt des Studienfaches Fachjournalistik Geschichte. Hier erscheinen regelmäßig Artikel aus den unterschiedlichsten Themengebieten, die von Universität über Kultur und Lifestyle bis hin zu Umwelt, Gesundheit oder auch Sport reichen. Eine etwas hervorgehobene Rolle nimmt dabei die Geschichte ein. In dem dafür vorgesehenen Ressort sind historische Themen für eine breite Leserschaft interessant aufbereitet. Diese Beiträge entstehen meist aus Lehrveranstaltungen heraus, in denen sie mit Hilfe der Dozenten von Studierenden erarbeitet werden. Auf diese Weise wird deren praktische Ausbildung zum Geschichtsjournalisten gefördert und dem Studienschwerpunkt Tribut gezollt. Unabhängig davon soll das Magazin aber auch generell eine Plattform für Studenten bieten, auf der sie sich journalistisch erproben und Erfahrungen mit dem Online-Medium sammeln können. Ein weiteres Anliegen ist es, einen Beitrag zum regionalen und allgemeinen Studentenleben zu leisten. Die große Themenvielfalt und der Magazintitel unterstreichen diesen Anspruch: Berichtet wird über alles, was Hochschüler interessiert und ihre Welt bewegt. Mit Reportagen, Kommentaren und Hintergrundberichten will man informieren, aufklären und unterhalten – eben rund um das Studenten-Universum.



Initiator des Online-Magazins: Professor Dr. Frank Bösch

Die Initiative für dieses Projekt geht auf Lehrstuhlinhaber Professor Dr. Frank Bösch zurück, der kurz nach seiner Berufung im Sommersemester 2007 anregte, ein Online-Magazin aufzu-

bauen. Auf Grundlage dieser Idee erschufen die Dozentin Nicola Kowski, der Bereichstechniker Ulrich Lüttge und 45 engagierte Studenten im Rahmen der damaligen Lehrredaktion der Fachjournalistik Geschichte das „UNIversum“. Wichtige Starthilfe dabei leistete das Hochschulrechenzentrum der Universität. Am 20. Juli 2007 ging das Magazin online. Damit knüpfte das Studienfach an eine alte Tradition an, denn bereits in der Vergangenheit produzierten dessen Studierende ein Journal unter dem Titel „JoJo“, welches zuerst gedruckt und dann online publiziert wurde. Die letzte Ausgabe erschien im Wintersemester 2002/2003. Seit Anfang 2009 erstellen Studenten das „UNIversum“ größtenteils selbstständig. Die Redaktion besteht gewöhnlich hauptsächlich aus Studenten der Geschichte und Fachjournalistik Geschichte. Eine Mitarbeit steht aber allen Studierenden der Justus-Liebig-Universität Gießen frei und wird ausdrücklich gewünscht. Willkommen ist jeder, der sich journalistisch betätigen will. Auch außerhalb einer Redaktionsmitarbeit können jederzeit Artikel eingereicht werden.

Generell herrscht ein sehr liberales Arbeitsklima in der Redaktion, die sich während der Vorlesungszeit des Semesters circa alle zwei Wochen trifft. In der Regel kann jeder Mitarbeiter seine redaktionelle Beteiligung nach persönlichen Interessen und Fähigkeiten frei gestalten und sein Arbeitspensum selbst festlegen. Es wird Wert gelegt auf eine entspannte Atmosphäre im Team und autonomes Arbeiten, auch wenn natürlich ein gewisses Maß an Zuverlässigkeit und Pflichterfüllung Voraussetzung ist.



Die fast vollständige Redaktion des "UNIversum" im Sommersemester 2010

Wer sich für eine Mitarbeit beim „UNIversum“ entscheidet, kann eine Menge lernen: Neben den journalistischen Grundlagen wie Recherche, Interviewführung und das Verfassen eines Artikels, die man sich im Laufe der Zeit durch die regelmäßige Praxis aneignet, wird eine Einführung in das Online-Redaktionssystem „Plone“ angeboten. Dabei bekommt man gezeigt, wie man Texte im System anlegt und das Layout des Online-Magazins gestaltet. Fragen oder Probleme, die beispielsweise bei der Arbeit an einem Artikel entstehen, besprechen die Redaktionsmitarbeiter bei ihren regelmäßigen Treffen und helfen sich, wenn möglich, gegenseitig. Auch Erfahrungen werden ausgetauscht. So lernen die Studenten von – und miteinander und erfahren redaktionelle Teamarbeit.

Interessierte Leser finden das „UNIversum“ unter dem Link <http://www.uni-giessen.de/cms/kultur/universum/> Für weitere Informationen gibt die Chefredaktion gerne per E-Mail Auskunft (Eva.Otto@geschichte.uni-giessen.de). Über diese Adresse können Studenten auch jederzeit Artikel einreichen.

Initiativen/Projekte

Bei uns gibt es den besten Stoff....

... „Hey, magst Du Dich 'Weiter-Bilden'? Ich hab hier was, das Deinen Horizont erweitert...“,
whisperst es aus dunklen Ecken eines Psychologie-Seminars...



Wir sind aktive Studierende

Ein Beitrag von Debora Peine

STOFF ist eine Gruppe von Studierenden, die die Studiensituation an unserer Uni verbessern möchten. Den Wunsch nach Verbesserung haben viele; bei uns ist daraus ein studentischer Förderverein entstanden. Nach den bundesweiten Studierendenprotesten haben sich am 6. Februar 1998 einige Studierende unseres Fachbereichs zusammengesetzt, um im Rahmen unseres Vereins alle Studierende zu fördern und das studentische Leben zu bereichern.

STOFF steht für „Studentische Organisation zur Förderung des Fachbereichs Psychologie an der JLU Gießen“ und wurde ins Gießener Vereinsregister eingetragen. Wir haben das Ziel, die Studienbedingungen für das Fach Psychologie nachhaltig zu verbessern. Dies gelingt uns unter anderem durch den Kauf zusätzlicher, dringend benötigter Bücher für die UB. Außerdem möchten wir psychologische Erkenntnisse allen Interessierten unabhängig ihres Studienfaches oder ihrer Vorbildung zugänglich machen. Für unsere Arbeit wurde uns inzwischen der Status der Gemeinnützigkeit anerkannt.

Die Workshops und Vorträge organisieren

Viele Themenbereiche kommen im Lehrplan zu kurz oder werden gar nicht behandelt. Das Vorlesungsverzeichnis der Uni können wir nicht ändern – aber sinnvoll ergänzen!

Wir sind ständig auf der Suche nach guten Referenten, welche wir an die Uni einladen, um Vorträge zu psychologisch interessanten Themen zu veranstalten - vor allem jene, die im Lehrplan keinen Platz gefunden haben. Dabei reicht das Spektrum von Themen, die allgemein auf gesellschaftliches Interesse stoßen (Mobbing, Missbrauch) über spezifische Fragestellungen der Psychologie (Gibt es eine „Krebspersönlichkeit“!?) bis hin zur Vorstellung aktueller Forschungsergebnisse (Erkenntnisse der Epigenetik). Neben den Vorträgen bieten wir auch Workshops an, auf denen ausgewählte Themen vertieft oder neue Kompetenzen erworben werden.

Natürlich bieten die Veranstaltungen auch Raum für den Austausch und die Diskussion zwischen Studierenden und Dozenten; nicht nur zu den

Themen, sondern auch über mögliche Praktika, sowie Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines Lebens nach dem Studium.

Aber auch für das studentische Leben soll gesorgt sein! Deshalb wir auch immer wieder gerne Ausflüge (Kanutour auf der Lahn, Klettern im Hochseilgarten) oder andere Treffen organisieren. So finden regelmäßig unsere Filmabende statt und im Winter laden wir herzlich zu unserem traditionellen Nikolaus-Glühweinstand ein. Wir sind aktiv, engagiert, und haben den besten STOFF!

Zu denen alle eingeladen sind!

STOFF-Vorträge sind selbstverständlich jedem offen, der vorbeischauen möchte. Ein voller Zuhörerraum zeigt uns doch, dass wir die richtigen Referenten gefunden und interessante Themen gewählt haben. Oder hast Du ein eigenes Thema, zu dem Du gerne mehr erfahren möchtest? Wir versuchen soviel einzubinden, wie es uns möglich ist und nehmen immer gerne Vorschläge entgegen. Fühl Dich somit eingeladen nicht nur teilzunehmen, sondern auch aktiv mitzugestalten. Wir sind ein studentischer Verein: Studis für Studis!

Aktuelle Veranstaltungen...

Auch für dieses Semester bereiten wir ein volles Programm vor. Neben einer philosophischen Filmreihe (natürlich samt Diskussion), werden Vorträge viele Themen beleuchten, welche bei Interesse in einem unserer Workshops vertieft werden können. Alle Informationen findest Du auf unserer Homepage www.stoff-giessen.de und in unserem Schaukasten neben der Fachschaft Psychologie (Phil 1, F-Gebäude).
Sowie in unserem Semesterprogramm, das zu Semesterstart auf Deinem Mensatisch zu finden sein wird!

Wir freuen uns auf Dich!
Das STOFF-ORGA-Team

ASTA - ERSTI PARTY

der
JLU Gießen

im AUDIMAX

1€ vor 22.00 // 3€ danach

Einlass 20.10h

- DJs & LIVE MUSIK
(indie, electro, charts'n'more)
- 2 FLOORS
- ASTA CHILLOUT LOUNGE
- WEITERE SPECIALS

featuring
UNDER THE GROUND

MI **20/10//2010**

SCHWULE MÄDCHEN
Alternative dancefloor

AM **23.10.10**
IM AK44

Alber Wetzlarer Weg 44
In Gießen 22 UHR



Sexuelle Identitäten feiern
queere Party

gegen HOMOPHOBIE, TRANSPHOBIE UND SEXISMUS

Eine Veranstaltung der Aids-Hilfe Gießen, des Lila Kabels, des queer-feministischen Frauenreferats und des Schwulenreferats im ASTA der JLU